:antifaschistische nachrichten Nr. 25

g 3336 10.12.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 ¤

www.antifaschistische-nachrichten.de

Knapp 28 Prozent für den FN. Die extreme Rechte wird stärkste Partei und könnte unter Umständen Regionalregierungen übernehmen

Von Bernard Schmid. Paris

Liberales Zerwürfnis

DÜSSELDORF/GREVENBROICH. Der Chefredakteur der rechtsliberalen Zeitschrift „eigentümlich frei“, Andre Lichtschlag, will auch nach dem Auftritt des umstrittenen Publizisten Akif Pirinccis bei Pegida weiterhin dessen Bücher vertreiben. Kritik kommt von dem ehemaligen FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler, bislang Autor der „eigentümlich frei“. Auf dem Internetblog von Roland Tichy gibt er bekannt, dass er diese „Pseudotoleranz“ nicht teile. Pirinccis Rede sei rassistisch, fremdenfeindlich, vulgär und geschmacklos. Schäffler kündigt seine Autorenschaft bei „eigentümlich frei“: „Dafür möchte ich mich nicht weiter hergeben.“ Auf der dreitägigen „eigentümlich frei“-Konferenz auf Usedom war es unlängst zu einer deutlichen Abkopplung der rechtsliberalen Szene von der FDP gekommen. „Öfter als bei vergangenen Tagungen stellten sich Gäste als AfD-Mitglieder vor“, berichtet die „Junge Freiheit“ (49-2015). Zum Parteienpanel am ersten Konferenztag erschien kein offizieller Vertreter der FDP mehr. Dafür aber u.a. Alice Weidel vom AfD-Bundesvorstand. *hma* ■

Projekt „Ein Prozent“

Das u.a. von Jürgen Elsässer („Compact“), Götz Kubitschek („Antaios-Verlag“) und dem Islamwissenschaftler Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD) unterstützte Projekt „Ein Prozent für unser Land“ hat die Unterstützung von einem Prozent der Deutschen als Ziel. Mit „ju-

Aus dem Inhalt:

„Der Einsatz stärkt den IS“ 3
NPD beim 2. Versuch in Bad Fallingbostel erfolglos 6

Die Partei der Angst hat gewonnen. Die Partei der Angst und der Abschottung

Im ersten Durchgang der französischen Regionalparlamentswahlen am 06. Dezember 2015 schnitt der Front National (FN) im ersten Wahlgang als stärkste politische Kraft ab. Die rechtsextreme Partei erhielt, nach den konsolidierten vorläufigen Wahlergebnissen vom frühen Montag Nachmittag, im landesweiten Durchschnitt knapp 28 Prozent der Stimmen. Die Bündnisliste von konservativ-wirtschaftsliberalen Parteien, vor allem Les Républicains – LR, ehemals UMP – und UDI, erhielt demnach 27,25 Prozent und die regierende Sozialdemokratie durchschnittlich 23,4 Prozent. – Nach dem Zusammenschluss mehrerer Regionen gibt es nun noch 13 neu zu wählende Regionalparlamente, statt zuvor 22.

In mehreren französischen Regionen kann die extreme Rechte sich ernsthafte Aussichten darauf machen, ab dem kommenden Sonntag (13. Dezember) die Regionalregierung zu übernehmen. Ihre Hoffnungen konzentrieren sich dabei insbesondere auf die nordostfranzösische Region Nord-Pas de Calais-Picardie, in der rund sechs Millionen Menschen leben. Dort erhielt die Liste, die durch die seit Anfang 2011 amtierende Parteivorsitzende Marine Le Pen persönlich angeführt wird, im ersten Durchgang 40,64 Prozent der abgegebenen Stimmen. Dicht dahinter folgt auch schon die Liste unter ihrer Nichte, der 25jährigen Jurastudentin Marion Maréchal-Le Pen, in Südostfrankreich (Provence-Alpes-Côte d’Azure) mit nur wenigen Promillen Abstand und 40,55 %.

Um einen Wahlsieg der extremen Rechten in der Stichwahl am kommenden Sonntag zu verhindern, diskutieren beide großen politischen Blöcke nun um den Rückzug der weniger gut platzierten Listen im bürgerlich-demokratischen Lager, um Dämme gegen das Anwachsen des FN zu errichten. Doch die konservative Rechte bügelte solche Fragen mittlerwei-

Fortsetzung Seite 8

ristischen, medialen und politischen Aktionen“ will das Projekt gegen die „Flüchtlingsinvasion“ und eine angebliche „Auflösung unseres Staates“ vorgehen. Finanziert werden sollen u.a. ein Videokanal, der Aufbau einer „interaktiven Deutschlandkarte“, auf der „jeder Bürger vorbildliche Aufklärungs- und Widerstandsprojekte eintragen kann“, und ein Infoportal. Gefordert wird eine „Grenzsicherung gegen illegale Einreise“, die „Registrierung und konsequente Abschiebung aller bereits illegal Eingereisten“ und „der Schutz des Volks- und Privateigentums“. Leiter des Projekts ist der „Wahlsachse“ Philip Stein. Mitarbeiter Helge Hilse setzt Projekte für „Ein Prozent“ um. Professor Karl Albrecht Schachtschneider bereitet eine Massenklage vor. Der Zuspruch sei „überwältigend“, so Kubitschek auf der Internetseite der Zeitschrift „Sezession“ (26.11.2015). Als erste Aktion habe man der „Identitären Bewegung Österreichs“ eine Spende in Höhe von 10 000 Euro zukommen lassen können. *hma* ■

JA ist offizielle Jugendorganisation

HANNOVER. Auf dem AfD-Bundesparteitag in Hannover wurde u.a. beschlossen, die „Junge Alternative für Deutschland“ (JA) bundesweit als offizielle Jugendorganisation anzuerkennen. Zuvor war die JA mit ihren rund 900 Mitgliedern in elf AfD-Landes- verbänden offiziell anerkannt. Die beiden Bundesvorsitzenden der JA, Sven Tritschler und Markus Frohnmaier, haben unterdessen der extrem rechten Zeitschrift „ZUERST!“ ein Interview gegeben. In der Dezember-Ausgabe outet sich die JA-Doppelspitze als „große Fans von Jörg Haider“. Von „HC Strache und der FPÖ lernen, heißt siegen lernen“, so Frohnmaier, der im Oktober am Sonntag der Landtagswahlen mit Tritschler Gast bei der FPÖ in Wien war. *hma* ■

Demo in Heiligenstadt

Raise your Voice!

Seit mehreren Wochen treffen sich in Heiligenstadt jeden Sonntag Nazis und rechtsoffene Bürger_innen, um unter dem Motto „Ein Licht für Deutschland“ ihr Bild der deutschen Nation zu betrauern. Am 15. und 29.11. wurden dabei Gegendemonstrant_innen von offenbar gezielt herumstreifenden Nazigruppen massiv körperlich angegriffen. Mehrere Menschen wurden an ihrem Auto mit Pfefferspray attackiert, eine Person wurde von 20 Nazis mit Holzlatten durch die Stadt gejagt. Die Staatsgewalt zeigt keine Bereitschaft etwas gegen diese Angriffe zu unternehmen und sieht die Schuld bei den Betroffenen. Alle, die sich als antifaschistisch verstehen, können und dürfen ein solches Aufbäumen rechter Gewalt in ihrer direkten Umgebung nicht akzeptieren. Inzwischen sind auch im Eichsfeld über 1000 Geflüchtete untergebracht, die sich tagtäglich mit der Angst vor rassistischen Übergriffen konfrontiert sehen. Gerade unter den Umständen von immer offener auftretendem gesellschaftlichem Rassismus ist es wichtig, sich allen Äußerungen rechter Gewalt entschlossen entgegenzustellen.

Deshalb gibt es am 13.12. um 17 Uhr eine antifaschistischen Demo gegen die „Ein Licht für Deutschland“-Kundgebung.

Die Basisdemokratische Linke Göttingen ruft alle antifaschistisch und antirassistisch gesinnten Menschen dazu auf, am 13.12. nach Heilbad Heiligenstadt zu kommen und die „Ein Licht für Deutschland“-Kundgebung unmöglich zu machen. Lasst uns den Nazis zeigen, was wir von ihrer Trauer halten!

Quelle: http://www.nds-fluerat.org 3.12.2015 ■

„Schluss mit den Nazitreffen!“ in Eschede

Für den 19.12.2015 rufen wieder die im Netzwerk Südheide organisierten Gruppen zu einer Kundgebung in Eschede auf. Angemeldet ist die Veranstaltung vom DGB Nord-Ost Niedersachsen.

Nachdem viermal in Folge keine „Wintersonnwendfeier“ bei Joachim Nahtz stattfand, wurde letztes Jahr diese unsägliche Tradition wieder aufgenommen. Scheinbar war die Hilfe der „Kameraden“ für das „Brandopfer“ Nahtz unter Federführung von Manfred Börm, Vorsitzender des NPD Unterbezirks Heide-Wendland, so erfolgreich, dass nun auf dem bisher vollgerümpelten Gelände von Nahtz wieder gefeiert werden kann.

Und dabei handelt es sich nicht um harmloses Weihnachtswichteln!

Beispielhaft sei erwähnt, dass erst dieses Jahr bei dem Sommerpendant der Sonnwendfeier u. A. Udo Pastörs anwesend war. Pastörs ist Chef der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag und war zeitweise NPD-Bundesvorsitzende. Er hält schon mal Vorträge über eine vermeintliche „Überfremdung Deutschlands“ und schwadroniert über „Asylbetrüger“. Er meint seinen Eindruck bestätigt gefunden zu haben, dass den Flüchtlingen ein Übermaß an sozialer Fürsorge zuteilwerde. Lt. Eigendarstellung der NPD auf deren Internetseite hielt Pastörs im Sommer dieses Jahres in Eschede eine Rede, in der er u. a. behauptet, dass er immer wieder Angriffe auf „unsere Heimat durch Drittstaaten“ ausmacht und zu diesen „Angreifern“ zählt er auch die Flüchtlinge, die er ebenfalls lt. NPD-Internetseite als „Zivilokkupanten zur Zerstörung der biologischen Grundlagen unseres Volkes“ betitelt. Weiter wird auf der Internetseite diese Rede wie folgt beschrieben: „Er schloss mit dem Auftrag an jeden Einzelnen, im Kampf um unsere Heimat „der Funke zu sein, aus dem die Flamme sprüht.“ In Anbetracht dessen, dass im Jahr 2015 202 Delikte gegen Flüchtlingsunterkünfte registriert wurden, darunter 22 Gewaltdelikte wie Körperverletzungen und eben auch Brandstiftungen, sollten uns solche Aussagen hellhörig machen. Das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus betont, dass es wichtig ist nicht locker zu lassen im Widerstand gegen die Naziaktivitäten auf Hof Nahtz und weiterhin genau darauf zu achten, was dort passiert. „Wir wollen den Nazis ihre Ruhe nehmen, damit sie nicht ungestört sind, wenn sie sich treffen, vernetzen und ihre Ideologie immer weiter geben. Es reicht! Jedes Nazitreffen ist eines zu viel!“, so heißt es im Aufruf des Celler Forums.

Am 19.12.2015 um 14.00 Uhr - Treffpunkt Eschede, Kreuzung Am Dornbusch / Zum Finkenberg

Quelle: Pressemitteilung des Celler Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus Celle 03.12.2015 ■

GIDA-Trojaner

„Die sogenannte GIDA-Bewegung gerät immer deutlicher unter rechtsextremen Einfluss. Nach Einschätzung der Bundesregierung kann bei GIDA-Veranstaltungen in sechs Bundesländern ‚eine rechtsextremistische Steuerung oder Einflussnahme festgestellt werden‘“, so Ulla Jelpke unter Berufung auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage. Jelpke weiter:

„Unter rechtsextremem Einfluss stehen nach Regierungsangaben die GIDA-Bewegungen in den Bundesländern Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern. Sachsen ist in der Aufzählung interessanterweise nicht enthalten, obwohl der Bundesinnenminister vor wenigen Wochen –sogar zu Recht – geäußert hat, die Dresdner Pegida werde von „knallharten Rechtsextremisten“ geführt. … Die Bekämpfung von Rassisten darf man auf gar keinen Fall dem Verfassungsschutz überlassen. Dessen Unfähigkeit – oder Unwilligkeit – zeigt sich schon darin, dass er nur solche GIDA-Aufmärsche erfasst, deren Akteure sinnbildlich schon die Hakenkreuzfahne schwenken. Die geistigen Brandstifter hingegen, die durch ihre Hasstiraden erst das Klima schaffen, das letztlich die tatsächlichen Brandstifter gebiert, hat der Inlandsgeheimdienst nicht im Blick. Damit wird die GIDA-Bewegung, als Sammelbecken des Stammtisch-Rassismus, auf gefährliche Weise verharmlost.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 02.12.2015 ■

„Der Einsatz stärkt den IS“

Rede von Sahra Wagenknecht in der Bundestagsdebatte am Freitag über die Beteiligung deutscher Soldaten am Syrien-Krieg

Bei der bewegenden Trauerfeier vor einer Woche in Paris zum Gedenken an die Opfer der Terroranschläge wurde das Lied /Quand on n’a que l’amour/ des großen Chansonniers und Pazifisten Jacques Brel gesungen, das in krassem Kontrast zur Kriegsrhetorik des französischen Präsidenten stand.

„Quand on n’a que l’amour, pour parler aux canons – Wenn man nur die Liebe hat, um zu den Kanonen zu sprechen.“ – Das ganze Lied ist eine Hommage an die Liebe und an den Frieden und eine klare Absage an Gewalt und Krieg. Die Zeremonie wurde auch hier in Deutschland übertragen. Ich wünschte, Sie alle, die heute zustimmen wollen, hätten dieses Lied gehört und seine Botschaft verstanden.

Vor genau drei Wochen sind in Paris 130 Menschen einem barbarischen Terrorakt zum Opfer gefallen. Die Täter waren nahezu ausschließlich französische und belgische Staatsbürger, aufgewachsen in den verwilderten Vorstädten von Brüssel und Paris. Und jetzt stellen Sie sich hin und sagen, dass wir den IS dadurch schwächen und bekämpfen, dass wir ebenso unschuldige Menschen, Frauen und Kinder in Rakka und anderen syrischen Städten, bombardieren und dadurch töten. Was ist denn das für ein Wahnsinn? Ich frage Sie: In welchem Jahrhundert leben wir eigentlich?

Wenn Sie hier sagen, Sie haben sich das gar nicht leicht gemacht und darüber nachgedacht und wir, die wir Nein sagen, hätten keinen Plan, wie man das anders machen kann, dann sage ich: Doch, es gibt einen anderen Plan. Es gibt /nur/ einen anderen Plan. Krieg macht alles nur noch schlimmer. Sie bekämpfen den IS dadurch nicht. Sie werden ihn stärken mit diesem Einsatz.

Rakka ist eine Stadt mit 200 000 Einwohnern. Bei den letzten Bombardements wurden Krankenhäuser und Schulen getroffen. Es gibt keine offiziellen Zahlen über die Opfer, aber man kann fest davon ausgehen, dass allein der Bombenkrieg der letzten drei Wochen in Syrien mehr Zivilisten getötet hat als die barbarischen Anschläge in Paris. Und auch die Mütter von Rakka weinen um ihre Kinder. Auch Bombenkrieg ist Terror. (…)

Der französische Wirtschaftsminister Macron hat nach den Anschlägen gesagt, die französische Gesellschaft sei „für den Nährboden“ verantwortlich, auf dem der Terror gedeihen kann.

(Marcus Held, SPD: Jetzt geht es aber los!)

Gegen das „Gleichheitsversprechen“ – alles Zitat Macron – der französischen Republik werde tagtäglich verstoßen. „Wir haben die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten beendet“, sagte er. – Sie behaupten, Sie wollen mit Frankreich solidarisch sein. Ich frage Sie: Mit welchem Frankreich? Mit dem der politischen Klasse, das auch schon in der Vergangenheit schlimmste Kriege verantwortet hat – ich erinnere nur an den in Algerien –, oder mit der französischen Bevölkerung, die vor allem in Frieden und Sicherheit leben will?

Ich sage Ihnen: Wenn Sie echte Freundschaft und echte Solidarität mit Frankreich wollen, dann sollten Sie beispielsweise aufhören, diesem Land über Brüssel eine Austeritätspolitik aufzuzwingen, die immer mehr junge Menschen ihrer Zukunft beraubt. Das wäre echte Solidarität. Da könnten Sie mal einen Schritt vorangehen.

(Marcus Held, SPD: Unglaublich!)

Deshalb noch einmal: Es ist eine schlichte Lüge, dass dieser Kriegseinsatz den IS schwächen wird. Das ist auch der Unterschied zum Kampf der kurdischen Verbände vor Ort.

Vielleicht konnte man vor 14 Jahren noch glauben, dass sich das Problem des Terrorismus durch Bombenkriege lösen lässt, aber heute doch nicht mehr nach all den Erfahrungen, die gemacht wurden. 2001 haben Sie entschieden, die Bundeswehr nach Afghanistan zu schicken. Seit 14 Jahren wird dort ein Krieg geführt, dem Tausende Zivilisten und auch über 50 Bundeswehrsoldaten zum Opfer gefallen sind. Und was ist das Ergebnis? Heute haben die Taliban in Afghanistan mehr Rückhalt in der Bevölkerung als je zuvor. Dieser ganze Krieg war ein einziger großer Fehlschlag. Sie könnten das ruhig selbst mal zugeben.

(Volker Kauder, CDU/CSU: So ein Quatsch!)

2003 ist Bush mit seiner „Koalition der Willigen“ in den Irak einmarschiert. Saddam Hussein wurde gestürzt. Sechs Monate später gründete sich der „Islamische Staat“, und heute beherrscht er den halben Irak. 2011 wurde Libyen bombardiert. Ghaddafi wurde gestürzt. Seither herrscht Chaos, und der „Islamische Staat“ hat sich auch in Libyen etabliert. Und das Gleiche in Syrien. Das Pentagon hat doch vor kurzem selbst zugegeben, dass diverse islamistische Terrorgruppen und anfänglich sogar der IS von den USA unterstützt wurden, um Assad zu schwächen. Das ist doch die traurige Wahrheit: Es war der Westen, und es waren vor allem die Vereinigten Staaten, die das Monster geschaffen haben,

(Zurufe von der CDU/CSU und der SPD: Oh!)

das uns alle heute in Angst und Schrecken versetzt. Das ist die Wahrheit; die wollen Sie nicht hören. Aber es ist das Produkt unserer Kriege, der westlichen Kriege in dieser Welt.

Zwischenfrage von Dieter Janecek, Bündnis 90/Die Grünen:

Auch ich werde wie Sie gegen diesen Einsatz stimmen. Aber ich frage mich doch sehr, ob Sie in Ihrer Argumentation nicht etwas einseitig agieren. Sie beklagen zu Recht die zivilen Opfer bei den Luftschlägen in Rakka. Was ist aber mit den Luftschlägen der russischen Seite, zum Beispiel in der Region von Homs? Ich kenne einen syrischen Flüchtling, der genau in dieser Region seine Familie hat und darüber klagt, dass die russischen Bomber seit Mitte September hier massive Einsätze mit vielen Opfern fliegen. Dazu kommt kein Wort von Ihnen, kein Wort auch von Herrn Bartsch in der Debatte letzten Mittwoch. Sind Sie da auf einem Auge blind, dass Sie den Westen für alles verantwortlich machen, aber die verheerenden Einsätze der Russen nicht in diesen Kontext stellen?

Sahra Wagenknecht:

(…) Selbstverständlich sind diese Opfer genauso tragisch wie die Opfer der Bomben der Franzosen, wie die Opfer der Bomben der Amerikaner, wie die Opfer aller anderen Bomben. Dieser Bombenkrieg ist das falsche Mittel. Bomben schaffen keinen Frieden, egal ob sie von Russland, egal ob sie von den USA, egal ob sie von Frankreich abgeworfen werden. Das haben wir überall so gesagt. Ich habe gestern auf einer Demonstration hier vor dem Reichstag gesprochen, zu der wir mit eingeladen hatten. Ich habe dort genau das Gleiche gesagt. Es ist doch unehrlich: Sie klatschen und sagen, dass diese Opfer falsch sind – das ist auch in die Presse gekommen, aber Sie stimmen heute einem Militäreinsatz zu, der ganz viele weitere Opfer mit sich bringen wird. Das ist doch einfach verlogen. Wenn Sie gegen Bomben sind und wenn Sie die russischen Bomben verurteilen, dann reichen Sie, bitte schön, nicht mit Ihren „Tornados“ die Hand dafür, dass dort andere Bomben fallen und Zivilsten töten. Das wäre konsistent, das wäre konsequent.

Dann hätte ich auch Respekt vor Ihnen.

(Volker Kauder, CDU/CSU: Wir wollen keinen Respekt von Ihnen!)

Natürlich: Ich weiß sehr gut, dass Assad ein Diktator ist, der sein Land brutal unterdrückt. Aber ich weiß genauso gut, dass es in Washington noch nie um Demokratie und Menschenrechte ging, wenn in selbstherrlicher Arroganz darüber entschieden wurde, welche Diktatoren dieser Welt gestützt und hochgerüstet und welche Diktatoren destabilisiert und gestürzt werden sollen. Es ging doch bei all diesen Kriegen nie um etwas anderes als um Gas, um Öl und um Einflusssphären. Für solche Ziele haben mittlerweile 1,3 Millionen Menschen mit ihrem Leben bezahlt.

(Henning Otte, CDU/CSU: Alles Klischees!)

Klischees? 1,3 Millionen Menschenleben, und Sie reden von Klischees? Dieser Zwischenruf kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein! Ich finde das wirklich ungeheuerlich.

(Matthias Ilgen, SPD: Sie sind ungeheuerlich!)

Es waren diese Kriege, die den Nahen und Mittleren Osten in einen Brandherd verwandelt haben, aus dem heute Millionen Menschen um ihres nackten Überlebens willen fliehen. Es ist ein großes Versagen der europäischen Politik, den USA bei ihren Kriegen viel zu lange die Hand gereicht und den Rücken freigehalten zu haben.

2001, als der sogenannte Krieg gegen den Terror begann, gab es weltweit einige 100 international gefährliche Terroristen. Heute, nach 14 Jahren des sogenannten Antiterrorkrieges, sind es Hunderttausende. Wollen Sie, dass es Millionen werden? Dann müssen Sie genau so weitermachen und die Spirale aus Krieg und Gewalt immer weiter antreiben.

Im Jahr 2000 kamen weltweit 3000 Menschen bei Terroranschlägen ums Leben. Im letzten Jahr waren es schon 30000. Sie wissen ganz genau, dass Sie mit der heutigen Entscheidung natürlich auch die Anschlagsgefahr in Deutschland erhöhen. Nein, ich sage Ihnen: Wer den IS wirklich schwächen will, der muss ihn von Waffen, Finanzen und Nachschub an neuen Kämpfern abschneiden.

Das heißt, er muss die Courage haben, den Terrorpaten unter Ihren vermeintlichen Verbündeten, also der Türkei und den Saudis, endlich das Handwerk zu legen.

Es ist doch ungeheuerlich, dass der Ölschmuggel über die türkische Grenze bis heute nicht unterbunden ist und jede Nacht 100 neue Dschihadisten – zurzeit sind es noch mehr – diese Grenze überqueren, die den Nachschub des IS bilden. Ich finde, statt Syrien zu bombardieren, sollten Sie lieber mal Erdogan dazu bringen, endlich sein falsches Spiel zu beenden. Es ist übrigens auch dieser Erdogan, der die kurdischen Gruppen, die dort wirklich tapfer kämpfen, bombardiert, nicht zuletzt auch mit deutschen Waffen. Das ist doch der Skandal. Das ist die ganze Verlogenheit dieser Politik.

Hören Sie auf, Waffen an Saudi-Arabien und Katar zu liefern! Wir legen heute einen Entschließungsantrag zum sofortigen Stopp der Waffenexporte an Saudi-Arabien, Katar, die Türkei und die Kriegsregion vor. Wer diesem Entschließungsantrag seine Stimme verweigert, der soll bitte nie wieder von sich behaupten, er wolle den islamistischen Terror schwächen.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der SPD)

Das ist dann nämlich wirklich pure Heuchelei.

Wer heute zustimmt, der führt Deutschland in einen Krieg mit völlig unkalkulierbaren Eskalationsgefahren,

(Volker Kauder, CDU/CSU: Es reicht jetzt! – Gegenruf Katja Kipping, Die Linke: Nein, es reicht noch lange nicht! – Wolfgang Gehrcke, Die Linke: Das müssen Sie sich schon anhören, Herr Kauder!)

in einen Krieg, für den es kein Mandat der Vereinten Nationen gibt, der völkerrechtswidrig ist und klar dem Grundgesetz widerspricht; denn weder Frankreich noch Deutschland werden in Rakka und Aleppo verteidigt. (…)

Nehmen Sie doch endlich zur Kenntnis, was die sogenannten Antiterrorkriege wirklich gebracht haben. Krieg ist Terror, der neuen Terror hervorbringt.

(Volker Kauder, CDU/CSU: Sind die zehn Minuten immer noch nicht um?)

Ich sage Ihnen: Das ist so, als wollten Sie Papst Julius III. bestätigen, der schon im 16. Jahrhundert gesagt hat –

(Volker Kauder, CDU/CSU: Das ist doch schon länger als zehn Minuten!)

Ich bin gleich am Ende.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Zurufe von der CDU/CSU: Bravo! – Na endlich!)

Sie wollen das nicht hören, aber Sie werden es noch öfter hören müssen, weil dieser Krieg leider lange dauern wird. – Es ist, wie gesagt, so, als wollten Sie Papst Julius III. bestätigen, der schon im 16. Jahrhundert gesagt hat: „Wenn Ihr wüsstet, mit wie wenig Aufwand von Verstand die Welt regiert wird, so würdet Ihr Euch wundern." Aber eine hochgerüstete Welt mit Atomwaffen kann es sich nicht leisten, ohne Verstand regiert zu werden; denn das ist einfach zu gefährlich. Deshalb wird die Linke heute geschlossen gegen diesen Kriegseinsatz stimmen.

(Matthias Ilgen, SPD: Sie haben es einfach nicht verstanden! – Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen: Das war eine Katastrophe! Wirklich beschämend!)

Den Artikel finden Sie unter: http://www.jungewelt.de/2015/12-05/013.php

(c) Junge Welt 2015 http://www.jungewelt.de

Aber es war Leere

Die 86-jährige Regisseurin und Drehbuchautorin Marceline Loridan zieht in einem Brief an ihren Vater Bilanz. Sie erinnert sich ihres Tagebuchs, in dem sie ihre innersten Gedanken vor der Deportation festhielt. Mit 15 wurde sie mit ihm kurz vor der Befreiung nach Auschwitz verschleppt. Er kam auf dem Todesmarsch um, ihr half sein Vertrauen zu überleben. Ihre Fröhlichkeit habe sie bewahrt, „trotz allem, was uns widerfahren ist".

Sie verspürt den Verlust, ihr steht seine letzte Botschaft vor Augen, auf einem beschriebenen Papierstückchen, hineingeschmuggelt ins Frauenlager über den Lagerelektriker. Für Tomate und Zwiebel, die er ihr bei ihrer letzten Begegnung auf dem Weg zur Krematoriums-Baustelle zustecken konnte, nahm sie die Schläge des SS-Aufsehers in Kauf. Sie erinnert sich des erbitterten Kampfs ums Überleben, den sie mit ihrer Tätigkeit in der Kleiderkammer und dem Beerdigungskommando gewann.

Sie ging auf Transport, über Bergen-Belsen nach Theresienstadt, wo sie von der Roten Armee befreit wurde, von dort zurück nach Bollène. Nach ihrer Rückkehr suchte sie Überlebende ihrer Familie, in ihren Gedanken durchlebt sie Auschwitz stets aufs Neue. Ihre nächsten Angehörigen erlebten eine kurze Frühlingszeit, verstarben aber schon sehr früh. Bindeglied blieb der Vater.

Die amtliche Todeserklärung machte seinen Tod so endgültig. Sie versucht es in einem Film einzufangen. Vergeblich bemüht sich Marceline Loridan, bei einem Besuch in Auschwitz verlorene Spuren wiederzufinden. Alles kam in ihr wieder hoch. Aber es war Leere. Paris wird ihr Lebensmittelpunkt, sie setzt sich ein für ein gemeinschaftliches Zusammenleben. Raimund Gaebelein

Quelle: Der Bremer Antifaschist, Zeitung des Landesverbandes Bremen der VVN-BdA

Marceline Loridan-Ivens, Und Du bist nicht zurückgekommen, Insel Verlag, Berlin 2015, 110 S. 15 Euro, ISBN 978-3-45817-660-2

Angekündigte Aussagen im NSU-Prozess – und was macht Gerlach?

Aus der ersten angekündigten Aussage von Zschäpe ist nichts geworden. Angekündigt für den 11.11.2015, platzte dieser Termin wegen eines Befangenheitsantrages der Verteidigung Wohlleben. Dieser war nicht nur – wie die anderen Befangenheitsanträge zuvor – offensichtlich unbegründet, sondern derartig filibusterhaft ausgearbeitet und mit langen Sitzungsunterbrechungen vorbereitet, dass von vornherein der wesentliche Zweck die Verhinderung der Aussage Zschäpe am 11.11.2015 war.

Konnte man zunächst vermuten, dass Wohlleben überhaupt die Aussage Zschäpes nicht passte, so offenbarten die Verteidiger allerdings, dass sie bereits seit September von den entsprechenden Plänen wussten. So bleiben im Prinzip 3 Varianten:

1. Die Verteidigung Wohlleben wollte Einfluss auf den Inhalt der Erklärung nehmen und benötigte dafür Zeit oder
2. die Erklärung Zschäpe war inhaltlich noch gar nicht fertig aber Herr Grasel traute sich nicht, dies dem Senat mitzuteilen oder
3 die graue Eminenz hinter Rechtsanwalt Grasel, Rechtsanwalt Borchert, wollte unbedingt die Erklärung verlesen, konnte aber am 11.11. nicht.

Nun warten wir also für die Verhandlungen ab dem 8.12. 2015 auf die Aussagen. Wenn sich Herr Maaßen (Präsident des Bundesamt für Verfassungsschutz) für die Opfer viel von der Aussage erhofft, so hat er offenbar immer noch keine Ahnung von der Ideologie des NSU. Dass die Aussage von Frau Zschäpe nicht von Wahrheitsliebe getragen sein wird, sondern einzig und allein von dem Versuch, ihre Haut zu retten oder ihr Bild in der Öffentlichkeit zu revidieren, scheint doch auf der Hand zu liegen. Wenn Frau Zschäpe mit irgendjemandem außer sich selbst der Familie Eminger und ihren Katzen Mitleid hätte, hätte sie schon vor vier Jahren reden können. Herr Maaßen könnte aber auch selbst was für die Opfer tun, und rückhaltlos alle Unterlagen zum NSU vollständig freigeben.

Wird Zschäpe sich wirklich befragen lassen?

Wirklich erstaunlich war am 10.11.2015 die Erklärung von Rechtsanwalt Grasel, Frau Zschäpe werde sich zwar durch den Senat, nicht aber durch die Nebenkläger befragen lassen. Wir sind gespannt, wie Herr Grasel oder die Verteidigung Zschäpe von dieser Erklärung wieder herunterkommen wird. Allein die Befragung des Mitangeklagten Carsten Schulze, der tatsächlich umfassend ausgesagt hat, dauerte mehrere Tage (und bei ihm ging es nur um einen Komplex), würde sich Frau Zschäpe vom Gericht und insbesondere vom Vorsitzenden Richter tatsächlich zu allen Anklagepunkten befragen lassen, so stände das Programm für die nächsten 2 bis 3 Monate fest. Es erscheint aber ausgeschlossen, dass Frau Zschäpe dies dann tatsächlich will und durchhalten könnte. Ob sie die Erklärung einfach widerruft oder nach der Methode Merkel vorgeht („In dieser Pressekonferenz dürfen jetzt 4 Fragen gestellt werden.“) wissen wir nicht. Vielleicht äußert sie sich aber auch nur zu einzelnen Anklagepunkten und will dann auch nur dazu Fragen beantworten. Wir gehen aber davon aus, dass eine Befragung, bei der Frau Zschäpe sich jeweils mit ihrem Anwalt zurückzieht und dieser dann antwortet, sicherlich vom Gericht nicht akzeptiert würde.

Wie nah bleibt Wohlleben bei der Wahrheit?

Interessanter ist da schon die Ankündigung einer Aussage durch den Angeklagten Wohlleben, der selbst seine Erklärung abgeben und sich anschließend befragen lassen will.

Nun darf der Angeklagte im Strafprozess lügen, so dass er selten damit rechnen kann, dass das Gericht an seinen Lippen hängt. Billigt man einer solchen Erklärung einen Beweiswert zu, so ist dieser natürlich bei einer vom Angeklagten selbst abgegebenen Erklärung höher als bei einer von den Verteidigern verlesenen. Ohne Zweifel erhöht die Bereitschaft des Angeklagten, sich von allen Verfahrensbeteiligten befragen zu lassen, seine Glaubwürdigkeit.

Dass Wohlleben sich wahrscheinlich Fragen zu den rechtsradikalen Strukturen verweigern wird, haben seine Verteidiger/in bereits angekündigt: „Die Verteidigung wird jedoch bei Fragen, die nicht zur Sache gehören, sondern lediglich der Befriedigung von Szenevoyeurismus dienen, von ihrem Beanstandungsrecht Gebrauch machen“. Gibt es aber nicht. Da der Angeklagte ohnehin nicht antworten muss, kann er auch Fragen an ihn nicht beanstanden, er kann allerhöchstens erklären, dass er bestimmte Fragen nur dann beantworten will, wenn das Gericht sie für sachdienlich hält. Allerdings gehen wir davon aus, dass auch das Gericht einige Fragen zur „Szene“ stellen wird.

Der geschickte Angeklagte macht es so, wie es der Vorgesetzte dem Verfassungschützer Temme empfahl: „Möglichst nah an der Wahrheit bleiben“. Anders als bei Zschäpe, die ihre ganze Zeit im Untergrund umdichten müsste, kann und wird sich Wohlleben auf drei Fragen konzentrieren:

– hat er überhaupt an der Übergabe von Waffen mitgewirkt, wie Schulze und Gerlach behaupten?
– wusste er etwas von einer Pistole mit Schalldämpfer?
– konnte er ahnen, dass das Trio Menschen umbringt?

Seine Stärke, dass er sich nur in diesen Punkten von der Wahrheit entfernen muss, ist natürlich auch sein Schwäche, weil gerade in diesen Punkten wahrscheinlich keine weiteren Beweismittel zur Verfügung stehen. So wird man wohl die Erklärung seiner Verteidigerin und seiner Verteidiger verstehen müssen, in der es heißt: „Aus prozessualen Gründen war es notwendig, diesen Schritt zu gehen, da über Beweisanträge allein wichtige Tatsachen nicht in das Verfahren eingeführt werden können.“ Gäbe es andere Beweismittel für die zentralen Punkte der Einlassung des Angeklagten, könnte dieser weiter schweigen. Man wird dann eher mit Beweisanträgen rechnen müssen, die im Randgeschehen Schulze und Gerlach unglaubwürdig machen sollen.

Carsten Schulze, der Wohlleben massiv belastet hat, wird sicherlich durch eine Erklärung von Herrn Wohlleben nicht unglaubwürdig gemacht werden können. Dafür hat er sich viel zu sehr selbst belastet. Wäre es Schulze nur darum gegangen, seine eigene Haut zu retten, hätte er geschwiegen und es ist zweifelhaft, was dann zur Herkunft der Mordpistole hätte festgestellt werden können.

Für Gerlach wird es eng

Anders hingegen Holger Gerlach. Dieser hatte zu Beginn des Prozesses versucht, sich mit einer flauen Erklärung davon zu stehlen und hat seitdem schweigend die Verhandlung verfolgt. Seine Geschichte über den Ausstieg aus der Szene im Jahre 2004 platzte in der Verhandlung vom 25.11.2015 an Hand von Auswertungen seines Handys und Computers. Hier begann bereits die (Alt-) Verteidigung Zschäpe, sich auf Holger Gerlach einzuschießen. Die Erklärung von Wohlleben lässt darüber hinaus erwarten, dass auch er erhebliche belastende Tatsachen über Gerlach erzählen wird.

Gerlach, der zu Beginn des Verfahrens im Zeugenschutzprogramm war, dann aber wegen seiner weiteren Tätigkeit in der rechten Szene daraus entlassen wurde, scheint noch ehesten der Angeklagte zu sein, auf den Zschaepe und Wohlleben sich einschießen. Bisher konnte er hoffen, dass entsprechend einer früheren

Haftentscheidung des Bundesgerichtshofes nur die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (nicht terroristischen) an ihm hängen bliebe (er hat eingeräumt, dass er davon ausgegangen sei, dass das Trio Banküberfälle macht, nicht aber Morde). Doch der Schritt zur (angeklagten) Unterstützung einer terroristischen Vereinigung oder gar zur Beihilfe zum Mord ist klein. Und wenn Wohlleben und/oder Zschäpe Gerlach erheblich belasten und dies glaubhaft erscheint, wird der Druck auf eine Äußerung von seiner Seite erheblich werden. Es könnte nicht einmal ausgeschlossen werden, dass Gerlach dann erneut in Haft kommt.

Auch ohne die Aussagen von Wohlleben und Zschäpe spricht alles dafür, dass Gerlach erheblich mehr wusste, als er im Prozess oder in früheren Vernehmungen eingeräumt hat. Schließlich war er – neben dem Angeklagten Eminger – die entscheidende Vertrauensperson für das Trio, seine Lebensumstände wurden abgefragt und „upgedated", damit Uwe Böhnhardt mit Ausweispapieren und der Identität von Gerlach unbehelligt leben konnte. Noch im Sommer 2011 hatte Gerlach einen neuen Ausweis in Hannover für Böhnhardt machen lassen, den Frau Zschäpe dann bei ihm abgeholt hat.

Für die Wahrheitsfindung wäre es sicherlich hilfreich, wenn durch Aussagen von Zschäpe und Wohlleben der Druck auf Gerlach so erhöht wird, dass er Weiteres von seinem Wissen preisgeben muss. Umgekehrt: Würde er trotz massiver Belastungen durch Zschäpe und/oder Wohlleben nicht doch noch reden, so wäre dies ein zusätzliches und erhebliches Indiz dafür, dass Gerlach bei jeder weiteren Aussage befürchtet, erhebliche zusätzliche Straftaten einräumen zu müssen, dass er deshalb besser nicht „zurückschlägt".

Der „Idealist" schlägt der „Wahrheit eine Gasse"

Die Erklärung seiner Anwältin und Anwälte ist aber noch in der unkritischen Solidarisierung mit Wohlleben bemerkenswert.

„Der Wahrheit eine Gasse: Ralf Wohlleben wird sein Schweigen brechen."

Ist die Erklärung überschrieben. Ob Herr Wohlleben mit seiner Aussage der Wahrheit oder der Lüge eine Gasse schlägt, kann eigentlich nur beurteilen, wer dabei war, die Anwälte eher nicht. Wer solche „Vorfreisprechung" in die Welt hinausposaunt, sollte sich über eine Vorverurteilung nicht beschweren. Am Ende der Verteidigererklärung heißt es fett gedruckt:

„Herr Wohlleben ist seinen Idealen und politischen Überzeugungen treu geblieben und wird dies auch in Zukunft bleiben."

Nicht die wahrsagerische Qualität dieser Aussage interessiert hier, sondern die Abgabe dieser Erklärung durch die Verteidiger in ihrem eigenem Namen und nicht etwa im Sinne von:

„Herr Wohlleben erklärt, er sei seinen Idealen …."

Eine solche Erklärung von Anwaltsseite setzt voraus, dass die Anwälte die früheren Ideale des Herrn Wohlleben kennen, einschließlich seiner politischen Überzeugungen, dass sie diese auch für „Ideale" halten und gut beurteilen können, dass Herr Wohlleben diesen „treu geblieben" sei. Mit einem Wort: Letztlich identifizieren sich die Verteidiger mit den „Idealen" des Herrn Wohlleben. Mal sehen, ob Herr Wohlleben seine „Ideale" erklärt. Vielleicht kommt er dabei auch auf die griffigen „NSDAP-Wochensprüche" zurück, die man auf seinem Computer gefunden hat.

Eberhard Reinecke ■

NPD beim 2. Versuch in Bad Fallingbostel erfolglos

Nazi-Szene bekommt lokalen Ableger

Bad Fallingbostel. Auch der 2.Versuch der NPD am 14.11.15 wieder eine Kundgebung unterm Titel „Asylflut stoppen" durchzuführen, war nicht grad erfolgreich. Die fast 15 FaschistInnen mussten ihre Kundgebung in einer durch Polizeifahrzeuge zugestellten Ecke durchführen. Sie waren dort isoliert. 6 bis 8 Leute der neuen NPD-SymathisantInnengruppe aus Bad Fallingbostel begrüßten erst die NPDler persönlich und drückten sich dann meist nahe der Nazi-GegnerInnen rum. Die DGB-Kundgebung in der Nähe war Sammelpunkt für AntifaschistInnen. Als die NPD-Lautsprecher hörbar wurden, unterbrach der DGB die eigenen Kundgebungsreden. 130 AntifaschistInnen überquerten die Straße, stellten sich vor die Polizeisperre und pfiffen und riefen laut, so dass die NPD-Reden ungehört blieben. Die Polizei drängte die Nazi-GegnerInnen nicht weg.

Wie schon beim 1.Versuch der NPD 3 Wochen zuvor, veranstaltete das Bürgermeisterinnen-Bündnis „für Fremdenfreundlichkeit" 150 Meter entfernt vor der Kirche eine weitere Kundgebung. Wie inzwischen zu erfahren war, hatte die Bürgermeisterin das erst entschieden, als sie von der angezeigten DGB-Kundgebung erfuhr. Während von den Demonstrierenden manche zur Kirchenkundgebung gingen, kamen von dort Neugierige und beteiligten sich am Krach-machen gegen Nazis. Auf dem Kirchberg versammelten sich etwa 120 Menschen. Geflüchtete schilderten dort ihre Situation und es gab einige Reden der CDU-Landtagsabgeordneten Pieper, der konservativen parteilosen Bürgermeisterin und anderen.

Bei ihrer ersten Kundgebung am 24.10.15 hatte die NPD ca. 20 Beifall klatschende EinwohnerInnenn aus Bad Fallingbostel – solange, bis der lautstarke antifaschistische Widerstand alles übertönte. 2 neue NPD-Freunde aus Bad Fallingbostel hielten NPD-Transparente. Bei der großen EinwohnerInnenInfo-Veran-

Love Music. Hate Fascism

Mit „Lucha Amada ll – Love music. Hate fascism“ erscheint am 05.12.2015 der zweite Benefiz-Sampler des Musikkollektivs Lucha Amada auf dem Bremer Label Jump Up Records.

Alle Erlöse aus dem Verkauf werden an antifaschistische Gruppen und Initiativen gespendet. Unter anderem geht ein Teil an NSU Watch NRW und an die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh.

Wie schon der erste 2011 erschienene Sampler ist auch dieser wieder eine Doppel-CD und erscheint im besonders auffälligen Buchformat. Im Booklet beleuchtet der Journalist Bernard Schmid die aktuelle Lage in einem nach Rechts rückenden Europa.

Das Cover wurde exklusiv gestaltet von Carlos Undergroove aka Dabunker.

Musikalisch orientieren sich die beiden CDs am Reggae & Ska, schielen aber verspielt zum Cumbia, Raggamuffin, Rap, Chanson, Dub, Punk und sogar zum Dupstep.

So international(istisch) die Ausrichtung des Samplers, ist auch die Musikauswahl. Vertreten sind hier Bands und Acts aus Lateinamerika und – wie zumeist bei Lucha Amada – dem vornehmlich südlicheren Europa, wobei hier mit Dubioza Kolektiv auch eine Band aus Bosnien-Herzegowina dabei ist.

Weitere Acts sind Ana Tijoux aus Chile, Massilia Sound System aus Marseille, 99 Posse aus Neapel, Panteón Rococó aus Mexico-City oder Sergent Garcia.

Thematisch passend gibt es – auch als Hommage an ihn und alle Opfer faschistischer Übergriffe – ein Lied des griechischen Rappers Killah P, der 2013 von einem Mitglied der neo-faschsitischen Partei „Goldenen Morgenröte“ ermordet

wurde, sowie eine Ghetto 84-Version von „All you fascists bound to lose“, im Original von Woodie Guthrie.

Carmel Zoum verweist mit dem Song „Oury Jalloh“ auf einen dunklen Teil bundesdeutscher Gegenwart (Oury Jalloh verbrannte 2005 in einer Dessauer Polizeizelle, soll sich angeblich – obwohl an den Händen gefesselt – selbst angezündet haben, nicht nur Gutachter aus England und Kanada bezweifeln diese offizielle Version).

Raggabund widmen den Song „Refugee“ allen Geflüchteten und kritisieren darin den gesellschaftlichen sowie staatlichen Rassismus und ihre Institutionen (wie die Grenzschutzagentur Frontex).

LaTwal liefern eine wunderschöne Neuinterpretation des antifaschistischen Partisanen-Liedes“Shtil di nakht“, und HK & Les Saltimbanks aus Lille sind mit ihrer antirassistischen Hymne „On lâche rien“ vertreten.

Karne Murta rocken mit einer tollen Version von „Armagideon Time“, welches im Original von Willi Williams, bekannter jedoch in der Version von The Clash ist; Lengualerta aus Mexico-Stadt taucht mit seinem Aufruf „No border/alarma“ in den Drum´n´Bass ein, und die Zompa Family aus Perpignan gibt gleich zwei neue, bisher unveröffentlichte Songs zum Besten, unter anderem eine Hommage an den Anarchisten Buenaventura Durruti.

Eine exklusive Version des Watcha Clan-Klassikers „Quinto regimento“, remixed von der Dub-Legende Zion Train, eine exklusive Coverversion des Negu Gorriak-Hits „Bi doberman beltz“ von Esne Beltza, ein neuer Song von Fermin Muguruza sowie ein neues Stück von Desechos aus Madrid runden die beiden abwechslungsreichen, nie langweilig werdenden CDs ab.

Die gesamte Trackliste steht unter: http://www.jumpup.de/NEU-IMPORTE/Lucha-Amada-ll-love-music-hate-fascism-Doppel-CD-im-Buchformat-VOE-05-12-2015.html

38 Songs in über 140 Minuten gegen den wachsenden Rassismus in Europa.

Love Music. Hate fascism!

---

staltung mit Ministerpräsident Weil und 450 Menschen am 4.11.15 mischten sich die neuen Fallinger Nazis und die NPD-Führer Ingo Helge und Matthias Behrens darunter und nutzten die Gelegenheit als „besorgte Bürger“ gegen Geflüchtete zu polemisieren. Anschließend fand in einer nahen Kneipe ein Verbrüderungstreffen zwischen NPD-Führern und den scheinbar „Besorgten“ statt.

Die AntifaschistInnen der DGB-Kundgebung am 14.11.15 wurden von etlichen Fallingbosteler PassantInnen beschimpft, beleidigt und aus einem Pkw individuell gefilmt, während Geflüchtete aus Afghanistan sich für diese Proteste bedankten. Zum 2. NPD-Kundgebungsversuch konnte die NPD deutlich weniger KameradInnen mobilisieren, aber auch die Gegenveranstaltungen waren viel schlechter besucht.

In den nahen Kasernen in Oerbke und Bad Fallingbostel am Truppenübungsplatz leben inzwischen 4200 Geflüchtete. Die von manchen befürchtete Kriminalität gibt es laut Polizei schlicht nicht.

Heide Bothe ■

Fortsetzung von Seite 1

le rigoros ab. Am Sonntag Abend verkündete LR-Chef und Ex-Präsident Nicolas Sarkozy, es werde weder einen Kandidatenrückzug noch Listenverbindung mit der Sozialdemokratie geben, man ziehe die eigenen Kandidaturen überall durch. Ihm widersprachen Vertreter/innen des moderaten Flügels wie Nathalie Kosciusko-Morizet („NKM"); diese wurden jedoch am Montag Mittag im Parteivorstand haushoch überstimmt.

Die regierende Sozialdemokratie verkündete hingegen noch am Sonntag Abend den Rückzug ihrer Listen in Nordost- und in Südostfrankreich. Auch im „großen Osten" (Elsass, Lothringen und Champagne-Ardennen) wollte die Parteiführung die, mit circa 16 zu 26 Prozent gegenüber den Konservativen unterlegene, Liste ihrer Partei aus dem Rennen nehmen. Doch den ganzen Montag über weigerte sich ihr dortiger Spitzenkandidat Jean-Pierre Masserret, dieser Anordnung seines Parteivorsitzenden Jean-Christophe Cambadélis Folge zu leisten. Er gebe, erklärte Masseret dazu, den bis im Jahr 2012 regierenden Konservativen eine Mitschuld am Aufstieg des FN. Unter anderem durch ihre ideologische Radikalisierung, unter Nicolas Sarkozy hatte die regierende Rechte 2007 etwa ein „Ministerium für nationale Identität" geschaffen – es verschwand 2010 wieder –, hätten die bürgerlichen Rechten Wasser auf die Mühlen des FN gelenkt. Aus Sicht der Parteiführung erhöht die Präsenz dreier statt zweier Listen in der Stichwahl hingegen die Wahrscheinlichkeit, dass der Spitzenkandidat des FN gewählt werden könnte.

Florian Philippot, er ist auch Vizevorsitzender der Partei, erhielt dort gut 36 Prozent. Er gilt als Mann der Hinwendung des FN zu „sozialen" und wirtschaftlichen Themen, eher als ein Anhänger rassistischer Klassiker. Doch im Wahlkampf warb er zuletzt gezielt damit für sich, er werde alle Geldzahlungen für Migranten einstellen und sie „für ältere Menschen umwidmen". Im Zuge der „Migrationskrise" ab August/September 2015 hatte sich dieses Thema in der gesamten Partei als absolut beherrschendes Motiv durchgesetzt.

In dieser Hinsicht hatte Marine Le Pen erhebliche Aufmerksamkeit erregt, als sie in einem Beitrag für die Regionalzeitung La Voix du Nord (mit Sitz in Lille, der Hauptstadt jener Region, wo sie antritt) am 10. November 2015 polarisierende Formulierungen wählte. Unter der Rubrik „Gesundheitspolitik" führte sie dort folgende Gesichtspunkte aus: Sie werde „jegliche bakterielle Einwanderung anprangern und ausmerzen". Denn, so fuhr sie fort, „die Krankenhäuser sehen sich einem alarmierenden Anstieg ansteckender außereuropäischer Krankheiten ausgesetzt, welcher mit dem Zustrom von Migranten zusammenhängt". Sie werde jedoch „diese Gefährdung der Gesundheit unserer Landsleute nicht hinnehmen".

Damit stieß sie ziemlich direkt in das Horn eines im Kern rassenbiologisch argumentierenden Diskurses, der „Ausländer" oder Minderheiten mit „Krankheiten am Volkskörper" gleichsetzt. Zwar ist nicht von der Hand zu weisen, dass es eine Zunahme von Krankheiten internationalen Ursprungs in manchen Kliniken gibt, welcher jedoch – betrachtet man das reale, doch relativ unbedeutende materielle Problem – viel mehr auch mit internationalem Warenaustausch und mit Massentourismus zusammenhängt als mit Zuwanderung. Für eine/n Vertreter/in des Front National ist es jedoch nichts Neues, auf der Klaviatur des rassenbiologisch unterfütterten Diskurses über „Krankheit am Volkskörper" zu schwadronieren. So hatte Marine Le Pens Vater und Vorgänger im Parteivorsitz, Jean-Marie Le Pen, in ähnlicher Weise vor allem im Zeitraum 1987/88 über HIV-infizierte Menschen als Problemkörper für die Volksgesundheit geschwafelt und gewettert. Und 1992 verglich er die von ihm so genannten Altparteien (respektive franZösisch: partis de l'établissement) auf der Linken und auf der Rechten mit „der Wahl zwischen AIDS und Syphilis". Auch hier also biologisierende Krankheitsmetaphern ohne Ende. Aus dem Munde von Marine Le Pen hat es sich also, angesichts ihrer langjährigen Vorgeschichte an der Seite ihre Vaters, keinesfalls um einen irgendwie unschuldigen „Ausrutscher".

Profil & Hintergründe

Die soziale Demagogie wurde in den letzten Jahren, unter anderem bei Marine Le Pen und Philippot, ansonsten zu einem der Schlüsselthemen in der Partei. Doch seit dem Frühjahr 2015 und dem Stress mit dem Altvorsitzenden Jean-Marie Le Pen, den man im August 2015 nunmehr definitiv aus der Partei drängte, ist diese Linie zunehmend unter innerparteilichen Druck geraten.

Jean-Marie Le Pen wurde zwar nunmehr der Stuhl vor die Tür gesetzt. Er rief jedoch zur Wahl der Listen des FN (sogar ausdrücklich auch zur Wahl jener seines frühren innerparteielichen Intimfeinds Philippot) auf. Und er verspottete am Sonntag Abend den konservativen Kandidaten Christian Estrosi – Gegenkandidat seiner Enkelin Marion Maréchal-Le Pen – durch eine Videobotschaft bei Twitter, wo man ihn mit orthodoxen Juden tanzen sieht.

Altfaschist Jean-Marie Le Pen opponiert nicht nur dagegen, dass seine Partei sich offiziell vom Antisemitismus (zugunsten eines vor allem anti-muslimischen Diskurses) verabschiedete. Er bezeichnete die verfolgte etatistische Linie in der Wirtschaftspolitik auch als „linkslastig". Dies lieferte wiederum die Steilvorlage für konservative Spitzenpolitik, die dem FN gar vorwarfen, in wirtschaftlicher Hinsicht „linksradikal" zu sein. Infolgedessen erfolgten seit dem Sommer 2015 wirtschaftsliberale Kurskorrekturen bei den Auftritten von Marine Le Pen.

Nichtsdestotrotz behielt die Parteichefin Aspekte starker sozialer Demagogie bei. Am Montag, den 7. Dezember 2015 zieh sie etwa ihren konservativen Gegenkandidaten in Nordostfrankreich, den früheren Arbeitsminister Xavier Bertrand, er wolle mit seinen Vorschlägen zur Konditionierung von Sozialhilfe (RSA) „eine Jagd auf Arme" eröffnen. Eine ebensolche betrieb jedoch Marine Le Pen in ihren zurückliegenden Wahlkämpfen immer wieder. Eines der Schlüsselelemente ihres Präsidentschaftswahlprogramms von 2012 war etwa „die Bekämpfung von Sozialbetrug", die es neben der Verdrängung von Einwanderern erlauben würde, soziale Belange für die hart Arbeitenden zu finanzieren.

Die Wählerschaft des FN im Norden und im Süden Frankreichs ist nicht identisch. Im Nordosten und in der Picardie bildet vor allem das durch die regierende Sozialdemokratie, deren Regierungspolitik bis hin zur Karikatur Kapitalinteressen unterworfen ist, hinterlassene politische Vakuum jenen Raum, den der FN erfolgreich füllt. Viele WählerInnen kommen hier aus den sozialen Unterklassen, oft wählten sie früher einmal eine der Linksparteien. Anders sieht es in Südostfrankreich aus. Dort unterstützt eher eine Mischung früherer Algeriensiedler (pieds noirs) an der Mittelmeerküste, an die Sonne gezogenen wohlhabenden Rentnern und reaktionären Mittelständlern den FN, vor dem Hintergrund nostalgischer Erinnerung an die Kolonialkriege. Beide Wählerschichten sind theoretisch nur schwer mit ihren jeweiligen Interessen unter einen Hut zu bringen. Faktisch hält die Mischung zusammen, so lange der FN den Einen und den Anderen versprechen kann, die Krise im eigenen Land auf Kosten der Ausländer und des Auslands zu lösen.

Zu einigen Zügen des Wahlkampfs

Am Ende könnte die so oft wiederholte Vorhersage vielleicht noch zur self fulfilling prophecy geworden sein, also in Teilen selbst zu ihrer Erfüllung beigetragen haben.. „Nach den Attentaten befindet der Front National sich in einer Stärkeposition", so lautete die Hauptschlagzeile der Pariser Abendzeitung Le Monde in ihrer Ausgabe vom 25. November 2015. Der Titel bezog sich natürlich auf die Terrorattacken in Paris vom 13. November, die mindestens 130 Tote und 350 Verletzte forderten. „Die Attentate bilden

ein Doping für den FN“ – mit dieser Titelschlagzeile legte die Boulevardzeitung Le Parisien am 26. Oktober d.J. nach.

In jedem Falle trugen solche Überschriften, die an allen Zeitungskiosken prangten, dazu bei, dass man sich vielerorts an den Gedanken eines weiteren Aufstiegs der rechtsextremen Partei gewöhnen konnte.

Zwischen den Pariser Mordanschlägen und der Stichwahl vom kommenden Sonntag, den 13. Dezember d.J. liegt genau ein Monat. Eine Zeit, die kurz genug ist, um mit einer Auswirkung auf die Wahlergebnisse rechnen zu können. Zumal in einer ersten Zeit nach den Attentaten der (Vor-)Wahlkampf ausgesetzt wurde. Le Parisien interviewte dazu die 25jährige Parlamentsabgeordnete Marion Maréchal-Le Pen – eine Nichte der Parteivorsitzenden Marine Le Pen -, die Mühe hatte, sich in ihrem Triumphalismus zurückzuhalten.

Es stimme, führt die junge Juristin aus, dass die wahlpolitische Dynamik des Front National durch die mörderischen Attentate zugenommen habe: „Ganz einfach deswegen, weil das Realitätsprinzip für uns spricht: wir hatten Recht über die Notwendigkeit der Bewahrung von Grenzen, wie darin, den Kampf gegen den radikalen Islam zur Priorität zu erheben. Also profitieren wir von der Situation.“ Um den Gedanken im letzten Satz auszudrücken, benutzte Marion Maréchal-Le Pen eine Redewendung (tirer son épingle du jeu), die nicht direkt ins Deutsche übersetzt werden kann, aber sinngemäß nahe an dem Gedanken liegt, seine Schäfchen ins Trockene zu bringen. Um nicht allzu direkt den Eindruck zu erwecken, die extreme Rechte freue sich in Wirklichkeit – aus politischen Gründen – über die Bilanz der Attentate, fügt die Abgeordnete dann im Nachsatz noch hinzu: „Ohne den Zynismus so weit zu treiben, einen Vorteil daraus schöpfen zu wollen. Es ist nur eine Feststellung.“ Trauer hört sich allerdings anders an.

Der Front National nahm seinen Wahlkampf offiziell am 23. November 2015 wieder auf, mit einer Veranstaltung von Marine Le Pen in Amiens. Die regierende Sozialdemokratie dagegen sagte weiterhin alle öffentlichen Veranstaltungen bis nach der nationalen Trauerfeier am 27. November d.J. offiziell ab (hielt allerdings auf den Wahlkampf bezogene Treffen in Privatwohnungen ab). Viel Zeit für Vorwahldebatten blieb damit also nicht übrig. Auch der inhaltliche Charakter des Wahlkampfs hatte sich nun verändert. Absolut im Vordergrund stand nunmehr nämlich die Thematik „Innere Sicherheit“ respektive „Terror“.

Das ist einerseits menschlich verständlich, nach dem Grauen von Paris, und andererseits dennoch politisch vollständig irrational. Denn die Regionen haben im französischen Staatsaufbau – verglichen mit den deutschen Bundesländern – nur begrenzte Vollmachten, und die Ausrüstung und die Augabendefinition von Polizei oder Nachrichtendiensten zählen nicht dazu. Diese werden ausschließlich auf nationaler Ebene geregelt. Regulierungsspielraum haben die französischen Regionen dagegen im Bereich der öffentlichen Transportmittel, in Teilen der Bildungspolitik (vor allem bei der beruflichen Fortbildung sowie bei der Instandhaltung von Schulgebäuden, die schulischen Lehrprogramme sind dagegen eine zentralstaatliche Aufgabe), im Wohnungsbau und zum Teil im Umweltschutz sowie bei der Kulturförderung.

Debatten zu diesen Themen bewegten die Wählerinnen und Wähler schon vor den Attentaten nicht sonderlich. Die französische Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren weitgehend entpolitisiert: Unmut über die allgemeine wirtschaftliche Lage, die vermeintliche Ohnmacht der politischen Klassen und die Bilanz der bisherigen Links- wie Rechtsregierungen, aber auch das – im Vergleich zur Vergangenheit – schwache Vertrauen in Gewerkschaften und soziale Bewegungen spielen zusammen. Es bleibt die Möglichkeit, ein Votum abzugeben, das in erster Linie „Ihr kotzt mich alle an!“ bedeute, wie Le Monde es am 07. November 2015 resümierte. Unter dem Titel „Eine vergiftete Wahlkampagne“ ließ die Zeitung damals mehrere Wahlkämpfer zu Wort kommen, die konstatierten, dass die Stimmbürger sich kaum noch für ihre Inhalte interessieren. Den konservativen Abgeordneten Thierry Solère zitierte sie mit folgender Beobachtung über das Stimmverhalten vieler Menschen, wie es sich aus seiner Sicht darstelle: „Ich wurde in meinem Auto vom Radar geblitzt? Ich wähle FN! Meine Frau betrügt mich? Ich wähle FN! Meinem Unternehmen geht es nicht gut? Ich wähle FN!“

Wenige Tage später kamen dann noch die Attentate hinzu. Seitdem hatte die Terrorproblematik großen Platz auch in der angeblichen Wahldebatte eingenommen, auch wenn über dieses Thema am 6. und 13. Dezember 2015 gar nicht wirklich abgestimmt wird. In einer Umfrage für Le Parisien unter Einwohnerinnen und Einwohner der Pariser Großregion Ile-de-France nannten etwa 52 Prozent der Befragten das Thema „Terrorismus“ als wichtigstes Thema für ihre Region. Es rangierte deutlich vor allen anderen Themen – seien es der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen (33 %), der Umweltschutz (17 %) oder, trotz manifester Wohnungsnot gerade im Pariser Raum, die Frage des Wohnungsbaus (von 14 % aufgezählt). Dies versprach ein weitaus eher ideologisch bestimmtes oder symbolpolitisch aufgeladenes, denn ein von rationalen Sachentscheidungen diktiertes Wahlverhalten.

Der Pariser Raum ist, aufgrund der soziologischen Zusammensetzung der Bevölkerung – begonnen bei einer Flucht der Unterklassen aus dem überteuerten Zentrum, während der FN in sozialen Unterklassen überdurchschnittliche Wähleranteile aufweist, bis zur relativ starken ethnischen „Durchmischung“ – in den letzten Jahren kein leichtes Pflaster für den FN. Dennoch stiegen die Wahlabsichten für seinen Spitzenkandidaten Wallerand de Saint-Just auch hier bis auf 25 Prozent. Allerdings erhielt die Liste unter de Saint-Just dann am Wahlabend „nur“ gut 18 %. Die Pariser Region bleibt also politisch in dieser Hinsicht ein Sonderfall, welcher für den Front National eher ungünstig ausfällt.

Noch wesentlich stärker punkten konnten bereits bei Umfragen vor dem Wahltag Marine Le Pen in Nordostfrankreich, die dort selbst als Spitzenkandidatin in der neuen Großregion Nord-Pas de Calais-Picardie antritt, und Marion Maréchal-Le Pen in Südostfrankreich. Beiden wurden je 40 bis 41 Prozent der Stimmen vorhergesagt. Insofern waren die Wahlergebnisse tatsächlich auch konform zu den Stimmabsichten in den Vorwahlumfragen.

Vor allem Parteichefin Marine Le Pen werden wirklich realistische Chancen zuerkannt, die nächste Regionalpräsidentin in Nordostfrankreich zu werden. Auch nachdem die beiden anderen großen politischen Blöcke nun nicht gegeneinander antreten, weil die Sozialdemokratie ihre Liste in der Region für die Stichwahl zurückzog. Für einen solchen Falle prognostierzten Umfragen Marine Le Pen jedoch seit längerem dann 52 Prozent der Stimmen, gegen 48 für den konservativen Ex-Arbeitsminister Xavier Bertrand. Ob es nun wirklich so kommt, wird sich dann am kommenden Sonntag erweisen müssen.

Der Front National wartete im Übrigen nur auf eine sich bietende Gelegenheit, um einmal mehr die „Altparteien“ dafür denunzieren zu können, dass sie ohnehin keine inhaltlichen Unterschiede mehr aufwiesen und nur ihre Pfründe abzusichern suchten – auch, indem sie „widernatürliche“ Bündnisse eingingen. Besonders in dieser von Armut und Entindustralisierung geprägten Region in Nordostfrankreich, die knapp sechs Millionen Einwohner aufweist, kommt eine solche Argumentation an, vor dem Hintergrund einer weitverbreiteten Entfremdung vom politischen Establishment. Hingegen dürften die Wahlchancen von Marion Maréchal-Le Pen in Südostfrankreich ein bisschen stärker dadurch beeinträchtigt werden, dass sie nunmehr nur noch eine Liste gegen sich stehen hat, statt ihrer zwei (die Konservativen erhielten im ersten Durchgang rund 28 Prozent, die Sozialdemokratie gut 15 Prozent).

Fortsetzung Seite 10 unten

Verletzte bei Brand in Flüchtlingsunterkunft

MECKLENBURG-VORPOMMERN. Bei einem Brand in einer Flüchtlingsunterkunft in Mecklenburg Vorpommern wurden ein 76-jähriger Mann und ein 14-jähriges Mädchen verletzt. Nach ersten Ermittlungen haben unbekannte Täter in Kellerräumen Feuer gelegt.

Nach einem Brand in einem Flüchtlingshaus in Woldegk in Mecklenburg-Vorpommern hat der Staatsschutz die Ermittlungen aufgenommen. Es werde geprüft, ob Hinweise auf einen politisch motivierten Hintergrund vorliegen, teilte das Polizeipräsidium Neubrandenburg am Dienstag mit. Konkrete Hinweise darauf gab es demnach zunächst aber nicht. Ein Brandspezialist sollte am Dienstag den Tatort untersuchen.

Bei dem Feuer am Montagabend mussten 35 Menschen ihre Wohnungen verlassen, darunter zehn Flüchtlinge. Ein 76-jähriger Mann und ein 14-jähriges Mädchen kamen mit Verdacht auf eine Rauchgasvergiftung ins Krankenhaus. Nach ersten Ermittlungen haben unbekannte Täter in Kellerräumen Feuer gelegt.

Da der Qualm ins Treppenhaus zog, war den Bewohnern nach Angaben der Polizei der Fluchtweg abgeschnitten. Die Feuerwehr musste die Menschen über Drehleitern retten. Das Wohnhaus ist den Angaben zufolge für unbestimmte Zeit unbewohnbar, da Versorgungs- und Entsorgungsleitungen beschädigt sind. Die Stadt Woldegk hat Notunterkünfte zur Verfügung gestellt.

Quelle: http://www.migazin.de
25.11.2015 ■

Sprengstoff-Attrappe vor geplanter Asylunterkunft

ZWICKAU. Kurz vor dem Einzug von Asylsuchenden in einen ehemaligen Baumarkt im sächsischen Zwickau haben drei Männer im Alter von 23, 25 und 31 Jahren eine Bomben-Attrappe am Gebäude platziert. Ein Wachmann entdeckte den verdächtigen Gegenstand in der Nacht zum Dienstag, wie die Zwickauer Polizei mitteilte. Es habe sich um ein „rohrähnliches“ Objekt gehandelt, aus dem Drähte ragten. Wie die Staatsanwaltschaft dem MiGAZIN mitteilte, haben die gefassten Tatverdächtigen gewusst, dass ab dem 1. Dezember Asylbewerber in das Gebäude einziehen werden.

Zur Sicherstellung sowie Untersuchung des bombenähnlichen Gegenstandes kamen die Spezialisten des LKA zum Einsatz. Gegen 8 Uhr konnten die Fachmänner Entwarnung geben – es handelte sich um keine funktionsfähige Rohrbombe, sondern um eine Attrappe. Aufgrund des Vorfalls musste eine Straße für eine Dauer von drei Stunden gesperrt werden.

Die drei Tatverdächtigen wurden im Umfeld des Gebäudes festgestellt und identifiziert. Sie wurden vorläufig festgenommen. Gegen sie ermitteln Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft nun wegen der Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten. Wie die Staatsanwaltschaft gegenüber MiGAZIN weiter mitteilte, sind die Tatverdächtigen bereits früher polizeilich in Erscheindung getreten, allerdings nicht im rechtsextremen Zusammenhang.

Experten zufolge werden Straftaten gegenüber Asylbewerbern und ihren Unterkünften nicht wie früher von gewaltbereiten Rechtsextremisten verübt. Vielmehr fühlten sich durch Bewegungen wie „Pegida“ auch Menschen aus der Mitte zunehmend ermutigt, gegen den vermeintlichen Untergang des Abendendlandes zu kämpfen.

Quelle: http://www.migazin.de
02.12.2015 ■

Falsche Verdächtigungen schüren Flüchtlingshetze

„Ohne die Spur eines Beweises hat Bundesinnenminister de Maizière im Oktober die populistische Mär in die Welt gesetzt, bei über 30 Prozent der syrischen Flüchtlinge handele es sich gar nicht um syrische Staatsangehörige. Nun stellt sich heraus: Im Zeitraum vom 01.01.2015 bis zum 31.08.2015 wurden genau 116 syrische Reisepässe in irgendeiner Form ‚beanstandet‘. Das heißt aber noch nicht, dass es sich dabei um Fälschungen handelt – und betrifft im Übrigen gerade einmal 0,2 Prozent der 2015 bislang gestellten 55.587 Asylanträge syrischer Flüchtlinge“, kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das dritte Quartal 2015“ (BT-Drs. 18/6353). Jelpke weiter:

„Solche haltlosen Unterstellungen sind Wasser auf die Mühlen von Nazis, Rechtsextremen, AfD & Co. Der Bundesinnenminister sollte sich für seine falschen Verdächtigungen gegenüber syrischen Flüchtlingen öffentlich entschuldigen und die Sachlage richtigstellen. Doch leider werden auch dann solche einmal in Umlauf gebrachte Falschinformationen weiterhin die Hetze in den Internetforen der Pegida-Anhänger und Islamhasser

---

Wahlplattform

In ihrem Wahlprogramm, das sie am 23. November 2015 in Amiens vorstellte – die ursprünglich am 14. desselben Monats geplante Präsentation war aufgrund der Anschläge verschoben worden – verspricht Marine Le Pen unter anderem, keine schweinefleischlosen Auswahlmahlzeiten mehr in Schulkantinen der Region anzubieten. Dies richtet sich natürlich in allererster Linie gegen schulpflichtige Kinder aus moslemischen Familien. Alle Subventionen der Region für Vereine oder Initiativen, die „Ausländer unterstützen“, sollen ersatzlos eingespart werden. Ferner sollen die durch die Region erhobenene Steuern abgesenkt werden.

Während ihr Programm relativ stark auf Diskriminierung ausgerichtet ist, bemühte Marine Le Pen sich in ihrem ersten Wahlkampfauftritt nach den Attentaten, eben am 23. November in Amiens, um eher moderat klingende Töne. Sie war sogar bereit, zwischen Muslimen zu differenzieren und ihnen nicht pauschal die Attentate anzulasten: „Unser Feind ist nicht eine Religion, sondern die sektiererischen Strömungen, die sich auf sie berufen: Salafismus und Wahhabismus.“ Umso schärfere Töne schlug sie bereits zwei Tage später erneut in Hayange (Lothringen) an, wo sie den Spitzenkandidaten für Ostfrankreich Florian Philippot unterstützte. Le Pen und Philippot forderten dort ein sofortiges Ende der Zuweisung von Asylsuchenden an französische Gemeinden und eine rabiate Grenzschließung als angebliche Antwort auf die Anschläge. Marine Le Pen forderte ferner in Interviews auch die Möglichkeit, verdächtige Migranten noch im laufenden, nicht abgeschlossenen Asylverfahren abschieben zu können.

Marion Maréchal-Le Pen rief ihrerseits durch mehrere Interviews Aufsehen hervor. In einem von ihnen erklärte sie am 21. November 2015 gegenüber der rechtsextremen und katholischen Tageszeitung Présent rundheraus, es sei klar, „dass Muslime in Frankreich nicht genau denselben gesellschaftlichen Stellenwert einnehmen können wie die katholische Religion“. Am 26. November wurde ein anderes Interview bekannt, in welchem sie ankündigt, im Falle ihrer Wahl an die Spitze der Region werde sie den planning familial-Zentren – die Beratung bei Schwangerschaftsabbrüchen, aber auch bei Verhütungsfragen anbieten – alle öffentlichen Zuwendungen streichen; aber auch Vereinigungen, die für die Rechte von Homosexuellen kämpfen. Nach ihren Worten ging es Marion Maréchal-Le Pen dabei darum, „aus der Ideologie herauszukommen“. Es dürfte nicht die letzte paradoxe Ankündigung gewesen sein.

Bernard Schmid, Paris ■

befeuern. Syrische Flüchtlinge brauchen unseren Schutz – und keine unhaltbaren Verdächtigungen und Anfeindungen durch den zuständigen Minister."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 01.12.2015 ■

JoG: Markus Ulbig Abschiebeminister 2015

Am 3.12.2015 wurde Markus Ulbig (CDU) im Rahmen eines Gala-Abends der Flüchtlingsinitiative Jugendlichen Ohne Grenzen (JoG) in Koblenz zum Abschiebeminister 2015 gewählt. Den Negativpreis erhält der sächsische Innenminister für sein inkonsequentes Vorgehen gegen rassistische Angriffe und Anschläge sowie die seit Jahren hohen Abschiebezahlen im Freistaat.

Den Preis übergeben junge Flüchtlinge heute, Freitag den 4.12.2015 um 10 Uhr, im Rahmen eines Gesprächstermins bei der Innenministerkonferenz in Koblenz.

Mit 48 Prozent der Stimmen setzte sich Ulbig deutlich gegen Innenminister Frank Henkel aus Berlin (29%), Joachim Herrmann aus Bayern (13%), Heinz Schröter aus Brandenburg (9%) und Reinhold Gall aus Baden-Württemberg (2%) durch.

Parallel zur Wahl des Abschiebeministers wurde der Initaitvenpreis 2015 für ehrenamtliches Engament verliehen.

Den Initiativenpreis 2015 erhielten:

• Marily Stroux (Hamburg) für ihr jahrelanges Engagement für Schutzsuchende in Europa – etwa auf der griechischen Insel Lesbos, auf der allein dieses Jahr zehntausende Bootsflüchtlinge ankamen und von der EU im Stich gelassen wurden.

• Die Initiative Moabit Hilft (Berlin) für ihre Unterstützung hunderter Flüchtlinge in Berlin, denen die Stadt die Hilfe verweigert, die zum Teil obdachlos sind und bei Wind und Kälte vor dem Lageso zur Registirerung ausharren müssen.

• Raquel Rempp und Jaafar Marahli (Schwetzingen) für ihren Einsatz für den syrischen Flüchtling Abbas (17), der von Bombensplitter lebensgefährlich verletz wurde. Dank ihres Engagement konnte er nach Deutschland kommen, operiert werden und überleben.

Quelle: JoG – Pressemitteilung vom 04.12.2015

Keine Zustimmung zu neuerlichen Asylrechtsverschärfungen!

Bremen. Mit großer Sorge verfolgt der Flüchtlingsrat Bremen, dass mit immer neuen Verschärfungen der Rechtslage die Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge in Deutschland verschlechtert werden.

Auch der Entwurf des BMI vom 19. November dient nicht, wie euphemistisch behauptet, einer „Beschleunigung von Asylverfahren", sondern bewirkt einen zusätzlichen Ausschluss der Flüchtlinge von gesellschaftlicher Teilhabe.

Wir kritisieren die neuerlichen Vorschläge der Bundesregierung für die mittlerweile vierte Änderung des Asyl(verfahrens)rechts in diesem Jahr auf das Schärfste:

Kranke Flüchtlinge sollen durch Abschiebungsärzte begutachtet werden

Die Bundesregierung stört sich daran, dass ein Teil der Flüchtlinge zur Begründung ihres Verbleibs in Deutschland gesundheitliche Gründe geltend macht. Im Gesetzesentwurf wird daher dekretiert: „Es wird vermutet, dass der Abschiebung gesundheitliche Gründe nicht entgegenstehen." Erkrankungen sollen nur berücksichtigt werden, wenn der Ausländerbehörde fachärztliche Diagnosen „unverzüglich" vorgelegt werden. Daraufhin angeordneten ärztlichen Untersuchungen hat der Betroffene Folge zu leisten.

2010 hat die Bremer Ausländerbehörde zu diesem Zweck Gefälligkeitsgutachten von Ärzten eingeholt und auch in Niedersachsen ist diese Praxis nicht unbekannt.

„Gerade traumatisierte Flüchtlinge müssen geschützt werden und dürfen nicht gezwungen werden, sich gegenüber amtlich bestellten Abschiebungsärzten zu offenbaren." (Bremer Flüchtlingsrat)

Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge (BafF) in Berlin befürchtet: „Gesundheitliche Erkrankungen und psychische Störungen werden bagatellisiert." Eine umfassende Stellungnahme findet sich hier: (http://www.baff-zentren.org/news/stellungnahme-m-asylpaket-ii/).

Zusätzlich sind Abschiebungen wegen Residenzpflichtverstößen und die Aussetzung des Familiennachzugs geplant.

Wir fordern die Bremer Landesregierung auf, diese Verschärfungen nicht zu unterstützen.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bremen.de 02.12.2015 ■

DGB Flüchtlingspolitik – Spendenaktion gestartet

Mehr Geld für die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und damit eine Abkehr von der schwarzen Null hat DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach am Donnerstag in Berlin gefordert. Der DGB-Bundesvorstand hat am Dienstag einen grundsätzlichen Beschluss zur Flüchtlingspolitik gefasst. Zudem starten die Gewerkschaften einen Spendenaufruf für Flüchtlinge. Annelie Buntenbach: „Die Gewerkschaften unterstützen mit ihrer Spendenaktion Flüchtlinge auf dem Weg in Gute Arbeit und Ausbildung. Wir helfen insbesondere unbegleitete Minderjährige bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Die Anerkennung von Qualifikationen von Geflüchteten darf nicht an finanziellen Notlagen scheitern – deshalb engagieren wir uns auch hier.

„Für die Integration in den Arbeitsmarkt ist dringend mehr Geld notwendig. Die von der Bundesregierung zusätzlich bereitgestellten 250 Millionen im Hartz-IV-System reichen bei Weitem nicht für die Integration von Flüchtlingen und Langzeitarbeitslosen. Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit, von prekären Beschäftigungsverhältnissen und Altersarmut müssen verstärkt werden. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel erfordern eine Abkehr von dem dogmatischen Festhalten an der ‚Schwarzen Null'.

Zudem müssen Qualifikationen schnell festgestellt, der Zugang zu Spracherwerb und hochwertiger Qualifizierung besser gesichert werden. Es wäre der grundfalsche Weg, wenn die Geflüchteten in einen Arbeitsmarkt 2. oder gar 3. Klasse abgeschoben würden. Wir brauchen Wege in Gute Arbeit, die den Lebensunterhalt sichert und die sozial abgesichert ist – nur dies führt letztlich zu erfolgreicher Integration.

Der DGB ist überzeugt, dass Programme des sozialen und öffentlich finanzierten Wohnungsbaus massiv ausgebaut werden müssen, damit ausreichend bezahlbarer Wohnraum für alle geschaffen werden kann. Erforderlich ist auch ein Ausbau der öffentlichen Infrastruktur."

Den Beschluss des DGB-Bundesvorstands finden Sie unter: www.dgb.de/-/OMZ

Quelle: Pressemitteilung www.dgb.de 03.12.2015 ■

Die Mär vom falschen Syrer

Innenminister de Maizière beliefert Pegida

Das Pegida-Gerücht, wonach 30 Prozent der Flüchtlinge sich als Syrer ausgeben, um Asyl zu erschleichen, hat Bundesinnenminister de Maizière in die Welt gesetzt. Wie sein Ministerium jetzt einräumen muss, ist die Quote der verdächtigten Falschausweisungen viel kleiner, nämlich 0,2 Prozent.

Im Internet und in Pegida-Kreisen hält und verbreitet sich hartnäckig ein Gerücht. Danach geben sich 30 Prozent der Flüchtlinge als Syrer aus, obwohl sie gar keine sind. Sie tun das, um Asyl in Deutschland zu erschleichen.

Erstmals in die Welt gesetzt wurde das Gerücht von Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Er hatte das im September vor einem Millionenpublikum bei Maybrit Illner gesagt. Allerdings ist er trotz mehrfacher Nachfrage den Nachweis für seine Feststellung schuldig geblieben. Nicht ohne Grund, wie nun aus einer Antwort seines Ministeriums hervorgeht. Denn die Behauptung des Bundesinnenministers ist offenbar komplett aus der Luft gegriffen.

Auf eine Frage der Linksfraktion im Bundestag erklärt die Bundesregierung, dass es derzeit „kein belastbares Zahlenmaterial zu Täuschungen über die Staatsangehörigkeit bei Asylsuchenden“ gibt. Die einzige konkrete Zahl, die das Ministerium nennen kann, ist, dass zwischen Jahresanfang und Ende August genau 116 syrische Reisepässe „beanstandet“ wurden. Das wären etwa 0,2 Prozent der in diesem Zeitraum gestellten Asylanträge syrischer Flüchtlinge und keine 30 Prozent. Offen ist hierbei zudem, ob die „Beanstandungen“ stichhaltig sind.

Linke: Haltlose Unterstellung

„Solche haltlosen Unterstellungen sind Wasser auf die Mühlen von Nazis, Rechtsextremen, AfD & Co.“, kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, die nun vorgelegten Zahlen. Sie fordert de Maizière auf, sich für die „falschen Verdächtigungen gegenüber syrischen Flüchtlingen“ öffentlich zu entschuldigen und die Sachlage richtigzustellen. „Doch leider werden auch dann solche einmal in Umlauf gebrachte Falschinformationen weiterhin die Hetze in den Internetforen der Pegida-Anhänger und Islamhasser befeuern“, so die Linkspolitikerin.

Quelle: http://www.migazin.de 04.12.2015 ■

Wir sind überzeugt: „Wir können es schaffen!“

Erklärung von Ehrenamtlichen und Initiativen in der Flüchtlingsarbeit in Bayern anlässlich des bayernweiten Vernetzungstreffens Ehrenamtlicher in der Flüchtlingshilfe, organisiert vom Bayerischen Flüchtlingsrat

Wir, die Vertreterinnen und Vertreter von über sechzig ehrenamtlichen Asylhelferkreisen und Flüchtlingsinitiativen in Bayern haben am 28. November ein erstes bayernweites Vernetzungstreffen abgehalten.

Die freiwillige und ehrenamtliche Flüchtlingshilfe ist im vergangenen Jahr in einer noch nie dagewesenen Breite buchstäblich aus dem Boden geschossen. Wir wollen diese Arbeit mit unserem Engagement fortsetzen und womöglich noch verbreitern.

Die schiere Anzahl der Menschen und Initiativen – und auch die breite Unterstützung, die diese in der Bevölkerung genießen – widerlegt nach unserer festen Überzeugung das Gerede von der ‚Überforderung‘ unserer Gesellschaft durch die zu uns kommenden Flüchtlinge.

Natürlich gibt es einzelne Ortschaften und Flüchtlingsunterkünfte, die kurzfristig regelrecht überrannt wurden. Aber auch dort haben aktive Freiwillige mitgeholfen, dringend notwendige Hilfe zu leisten, statt sich ängstlich abzuwenden. Uns ist nicht bekannt, dass Asylhelferkreise und Flüchtlingsinitiativen massenhaft ihre Arbeit einstellen wollen – das Gegenteil ist der Fall!

Wir fordern von der Bayerischen Staatsregierung, statt laufend die Gefahr der ‚Überforderung‘ zu beschwören und Obergrenzen für die Flüchtlinge zu fordern, die aktive Unterstützung der Ehrenamtlichen und der Flüchtlinge selbst und ein offenes Ohr auch für die konkreten Forderungen der Ehrenamtlichen.

Wir fordern insbesondere von den Kommunen die bisher vereinbarten Aufnahmekapazitäten für Asylbewerber endlich zu erfüllen. Leider ist das in etlichen Kommunen bisher nicht der Fall!

Und wir fordern eine landesweite Initiative zum sozialen Wohnungsbau, die auch Landkreise und Kommunen einbezieht, damit den anerkannten Flüchtlingen – aber auch den bereits hier lebenden sozial Bedürftigen – langfristig erschwinglicher Wohnraum zur Verfügung steht.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 02.12.2015 ■

BAMF versetzt Flüchtlinge in Panik

SCHWERIN – Auch in Mecklenburg-Vorpommern versetzt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) derzeit asylsuchende Flüchtlinge im laufenden Verfahren mit der Aufforderung in Angst und Schrecken, Stellung zu beziehen zu einem möglichen behördlichen Einreise- und Aufenthaltsverbot (gemäß§ 11 Abs. 7 AufenthG) nach einer Abschiebung. In entsprechenden Anhörungsschreiben der Behörde werden die Betroffenen aufgefordert, innerhalb von 2 Wochen – bei sog. sicheren Herkunftsländern innerhalb einer Woche – Gründe vorzutragen, die einer solchen Verhängung entgegenstehen.

Ulrike Seemann-Katz, die Vorsitzende des Flüchtlingsrates Mecklenburg-Vorpommern e.V., bezeichnete dieses Vorgehen des BAMF als völlig inakzeptabel und forderte die Leitung der Behörde auf, diese Praxis sofort einzustellen, da sie mit den Ängsten der Betroffenen spiele. Zwar handelt es sich hier um ein Formschreiben, mit dem das BAMF für Fall einer späteren Ablehnung nur vorbaut: Es ist für die Behörde nur bei rechtzeitiger Anhörung der Betroffenen möglich, Einreise- und Aufenthaltsverbote zu verhängen. Solange das Asylverfahren läuft, hat das keinerlei Auswirkungen, und wenn der Bescheid positiv ist, natürlich auch nicht. Dennoch ist das Vorgehen des BAMF empörend, weil die Betroffenen natürlich nicht verstehen, warum sie noch vor der Entscheidung über ihren Asylantrag zu derartigen Fragen Stellung beziehen sollen. Und sie vermuten fälschlich, es gehe um ihre Abschiebung. Im Übrigen sei es unverständlich, warum das BAMF die begrenzten Ressourcen der Behörde für solche Absurditäten vergeudet, statt sich auf die Bearbeitung von Asylanträgen zu konzentrieren, so Seemann-Katz weiter.

Betroffene können und sollten Stellung beziehen und dem BAMF mitteilen, welche außerhalb des Asylverfahrens liegenden sonstigen Gründe noch für einen Aufenthalt im Bundesgebiet sprechen, etwa: Bindungen, Beziehungen, Arbeit, Krankheiten etc., darüber hinaus sollten sie auf weitere Gründe verweisen, die im Laufe der Zeit – nach Abschluss des Asylverfahrens – noch relevant werden könnten, und sich weiteren Vortrag vorbehalten. Eine Orientierung für eine Antwort gibt eine Musterantwort des Flüchtlingsrates, die natürlich unter Angabe des Aktenzeichens an die jeweils zuständige BAMF-Dependance gerichtet werden sollte.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-mv.de 24.11.2015 ■

PRO ASYL fordert Entbürokratisierung beim BAMF

Schutzsuchende sind die Leidtragenden der widersinnigen Bürokratie beim BAMF

Anlässlich der bevorstehenden Innenministerkonferenz (IMK) am 3. und 4. Dezember warnen PRO ASYL, Jugendliche ohne Grenzen und der Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz vor integrationspolitischen Fehlentscheidungen.

Statt kontraproduktiver Maßnahmen, die das ohnehin überlastete Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vollends lahmlegen würden, sind faire und zügige Asylverfahren und eine Entbürokratisierung der Verfahren dringend

Fortsetzung Seite 14

Roma-Vorsitzender kritisiert Abschiebung in Balkanstaaten

Der Landesvorsitzende der Sinti und Roma in Nordrhein-Westfalen, Roman Franz, hat Abschiebungen von Balkan-Flüchtlingen in die sogenannten sicheren Herkunftsländer scharf kritisiert. Minderheiten wie die Roma fürchteten in Serbien oder dem Kosovo „um Leib und Leben", sagte er der Neuen Osnabrücker Zeitung. Von menschenwürdigen Zuständen seien viele Länder des Westbalkan weit entfernt.

Franz sieht in den Roma die Verlierer der Europäischen Union. Begriffe wie Armuts- oder Wirtschaftsflüchtlinge seien nicht zutreffend. „Wir sprechen von Menschen, die in Pappkartons oder Bretterverschlägen leben müssen", sagte Franz. In vermeintlich sicheren Herkunftsländern wie Serbien, Albanien oder dem Kosovo drohten den Roma fürchterliche Misshandlungen bei „kriegsähnlichen Verhältnissen". Männer würden geschlagen, Frauen vergewaltigt, „während die Kinder auf Müllkippen arbeiten, abgeschnitten von jeder ärztlichen Versorgung".

Gegen die NRW- Landesregierung erhob Franz schwere Vorwürfe. Weil das Land weiterhin Menschen abschiebe, müssten im Winter viele Menschen in den Westbalkan-Ländern auf der Straße schlafen. Mit Kürzungen finanzieller Mittel werde der „freiwillige Abgang erpresst", sagte Franz, der auch Mitglied des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma ist. Er forderte, die sogenannten Rückführungen wenigstens über die kalte Jahreszeit auszusetzen.

Quelle: http://www.migazin.de 27.11.2015■

Die Roma haben nichts zu verlieren

Kommentar von Marko Knudsen, Direktor des Europäischen Zentrums für Antiziganismusforschung, Hamburg

Europa verfällt wieder den Populisten. Es rückt soweit nach rechts wie noch nie seit Gründung der EU. Vieles bislang Undenkbare wird alltäglich: Rumänischen und bulgarischen Roma wird die Freizügigkeit verweigert und auch den Vorschlag, selektive Sonderlager nur für Balkanflüchtlinge einzurichten hat die Politik in Deutschland bereits gemacht.

Die Öffentlichkeit setzt die Balkanflüchtlinge oft mit Roma gleich. Das allerdings ist ein Irrtum. Unter den Asylsuchenden aus Albanien zählen die meisten zur albanisch sprechenden Bevölkerung. Auch unter den Asylsuchenden aus dem Kosovo sind Roma eine Minderheit, wenngleich ihr Anteil höher ist als unter den Albanien-Flüchtlingen. Die Roma flüchten aus diesen Ländern, weil die albanisch sprechende Mehrheitsbevölkerung sie mit unverhohlenen Drohungen drängt, ihre Sachen zu packen und zu verschwinden.

Etwas anders ist die Zusammensetzung der Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien. Hier dürfte die große Mehrheit Roma sein. Diskriminierung, Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit machen die Lage für sie dort unerträglich. Die Nationalisten hetzen in orchestrierter Weise gegen Roma, erklären ihnen die Feindschaft, entmenschlichen sie: Es handelt sich um antiziganistische politische Verfolgung. „Sicher" mag es in diesen Ländern für die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft sein – nicht aber für Roma.

Zu verlieren haben diese Menschen dort nichts. Ein sauberes Zelt und regelmäßiges Essen sind schon ein Gewinn. Sicher zu sein, dass die eigenen Kinder nicht hungern müssen, und sei es nur für wenige Monate, ist eine erstrebenswerte Aussicht für sie. Wer will ihnen diese Menschlichkeit verwehren? Es geht hier nicht um Taschengeld, sondern um das Überleben von Europäern, deren Vorfahren während des Zweiten Weltkrieges in fast allen europäischen Staaten ausgerottet werden sollten.

Die so genannte „Fluchtursachenbekämpfung" in den Balkanstaaten sieht heute so aus, dass abgeschobenen Heimkehrern, die kein Asyl bekommen haben, die Reisedokumente abgenommen werden. So werden sie vor Ort festgesetzt, eine erneute Ausreise verhindert. Diese Form der Diskriminierung ist eine willfährige Dienstleistung für die EU.

Was kann getan werden, um den Roma in den Herkunftsstaaten tatsächlich zu helfen? Der Antiziganismus muss verdammt werden, genauso wie der Antisemitismus. Die Mehrheitsgesellschaften dort müssen sich der tagtäglichen Ausgrenzung, die sie ausüben, bewusst werden. Nur so ist eine rassismus- und diskriminierungsfreie Mehrheitsgesellschaft zu schaffen. Sonst wird es keine Inklusion geben.

… All das steht im Übrigen auch den Beitrittsambitionen zur Europäischen Union entgegen, die all diese Staaten hegen. Um Mitglied der EU zu werden, darf ein Staat seine Minderheiten nicht diskriminieren – aber wer fragt schon nach den Roma? Am Ende ist die EU eben doch eher eine Wirtschaftsunion als eine der Bürger- und Menschenrechte.

Das Problem beschränkt sich aber nicht auf den Balkan. Dass ein Mahnmal in Deutschland für die während der nationalsozialistischen Schreckensdiktatur ermordeten Roma und Sinti erst 70 Jahre nach Kriegsende möglich war, spricht Bände über die Situation hier. Deutschland muss den aufflammenden Antiziganismus hier und europaweit in Gesprächen auf die Tagesordnung setzen. Immer wieder muss auf die zwingende Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen gedrängt werden: Der garantierte Schutz der Menschenrechte der europäischen Minderheit der Roma. … Aber Deutschland könnte noch mehr tun: Es könnte eine Antiziganismus-Kommission auf europäischer Ebene ins Leben rufen oder sich dafür einsetzen, einen europäischen Kommissionssitz an die Roma zu geben. Dieser könnte sich gegen den Antiziganismus in Europa stellen und sich um eine Inklusion der Roma bemühen.

Quelle: http://www.migration-online.de 01.12.2015 ■

Liebe Freunde und Förderer des Rom e.V., sehr geehrte Damen und Herren,

gerne würden wir alle (nicht nur) in der Vorweihnachtszeit in fröhliche Gesichter schauen. Was vielen unserer Roma-Familien aufgrund der neuen Gesetzeslage jedoch bevor steht, verursacht Angst, Traurigkeit, Wut, Hoffnungslosigkeit.

Seit Monaten kommen täglich Familien in unsere Beratungsstelle, die von Abschiebung bedroht sind und deren Chance auf ein Bleiberecht in Deutschland schwindet. Um alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen wird Geld benötigt – für Rechtsanwälte – für Ärzte – für Fahrtkosten. Manchmal auch „nur", um einer mittellosen Mutter Babynahrung und Windeln zu beschaffen. Dafür haben wir seit vielen Jahren ein Budget, in diesem Jahr ist es zum ersten Mal bereits im Herbst mehr als ausgeschöpft.

Hier bei uns gehen ihre Kinder in die Kita und zur Schule, manche Väter und Mütter haben Arbeit gefunden. Wenn ein Familienmitglied krank wird, kann es zum Arzt oder ins Krankenhaus gehen.

Wir wollen nicht nachlassen, die Familien vor einer Abschiebung in für Roma nicht sichere Länder zu schützen, wo ihnen grundlegende Menschenrechte verwehrt werden, wo sie keinen Zugang zu Arbeit und menschenwürdigem Wohnen, Bildung und Gesundheitsfürsorge haben.

Deshalb sind wir wieder auf ihre/eure Spenden angewiesen, aber auch auf Unterstützung bei Demos, durch Leserbriefe, Briefe an Abgeordnete und andere Aktionen.

Es sollte keine Flüchtlinge 1. und 2. Klasse geben.

Köln, im November 2015

Rom e.V. / Verein zur Förderung der Roma in Köln e.V.

Spendenkonto: Verein zur Förderung der Roma in Köln e.V. Sparkasse Köln-Bonn IBAN DE 29 3705 0198 0010 4426 22

Als gemeinnütziger Verein können wir für Spenden und Mitgliedsbeiträge steuerabzugsfähige Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

geboten. Allein in mehr als 75000 Fällen warten Asylsuchende länger als ein Jahr auf eine Entscheidung des BAMF. Für diese Menschen fordern die drei Organisationen eine Altfallregelung und einen sicheren Aufenthaltsstatus, was das BAMF deutlich entlasten würde.

Das Vorhaben von Bundesinnenminister de Maizière, wieder Einzelfallprüfungen für Schutzsuchende aus Syrien einzuführen, ist falsch und integrationspolitisch kontraproduktiv. Von dieser Regelung wären bis zu 200 000 Menschen, die bis Oktober eingereist sind, betroffen. Angesichts der fast 330 000 unbearbeiteten Asylanträge im BAMF ein widersinniger bürokratischer Akt. Das Schriftverfahren für Syrer hat sich bislang bewährt, ihre Asylgesuche wurden im 3. Quartal zu fast 100 Prozent anerkannt. Der Umstieg auf Einzelfallprüfungen und Anhörungen würde zu deutlich längeren Wartezeiten als bisher führen. Integration wird so erschwert und der Familiennachzug auf Jahre hinaus verzögert.

Auch die vorgesehene Wiedereinführung von Dublin-Verfahren für syrische Flüchtlinge wird zu weiteren Rückstaus beim BAMF führen. Zehntausende Syrer, Afghanen oder Iraker nach Ungarn oder Kroatien zu überstellen, ist dabei weder administrativ möglich noch humanitär vertretbar – das BAMF sollte seine Kräfte stattdessen auf schnelle und faire Asylverfahren fokussieren. „Alles andere führt zum Kollaps und bedeutet eine monatelanges und nervenzermürbendes Warten für Flüchtlinge“, warnt Günter Burkhardt von PRO ASYL.

Die Pläne der Bundesregierung, Abschiebungen nach Afghanistan zu forcieren, lehnen die drei Organisationen entschieden ab. Die Situation am Hindukusch ist dramatisch wie noch nie: Das Risiko, Opfer einer Entführung, eines Attentats oder einer Gewalttat zu werden, ist im ganzen Land weiter gestiegen – so auch das Auswärtiges Amt in seinem jüngsten Lagebericht. Afghanische Schutzsuchende zurückzuführen würde sie der Gewalt- und Notsituation ausliefern, der sie entflohen sind. „In Afghanistan erwarten uns Entführungen, Kämpfe und Gewalt. Hier in Deutschland kann ich bald eine Ausbildung beginnen, doch jetzt habe ich wieder große Angst“, erklärt Ali Ahmadi von Jugendliche ohne Grenzen. JoG, PRO ASYL und der Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz einen sicheren Aufenthaltstitel und Integrationsperspektiven für afghanische Staatsangehörige.

Quelle: Pressemitteilung http://www.nds-fluerat.org 03.12.2015 ■

Asylobergrenze verstößt gegen Grund- und Menschenrechte

Berlin – In der gegenwärtigen Flüchtlingsdebatte mehren sich Stimmen, die eine Obergrenze beim Recht auf Asyl in Deutschland verlangen und damit die Zahl der Menschen, die in Deutschland Zugang zum Asylverfahren erhalten, auf eine festgelegte Zahl pro Jahr begrenzen wollen.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat dazu heute eine Stellungnahme veröffentlicht. In der Stellungnahme wird dargelegt, dass eine zahlenmäßige Obergrenze beim Recht auf Asyl mit den Grund- und Menschenrechten, dem internationalem Flüchtlingsrecht wie auch dem Recht der Europäischen Union nicht vereinbar wäre.

Eine Grundgesetzänderung, die das Individualrecht auf Asyl numerisch durch die Festlegung auf eine Höchstzahl von Schutzberechtigten pro Jahr begrenzt, ist unzulässig: Sie würde gegen das Willkürverbot und das rechtstaatliche Gebot eines effektiven individuellen Rechtsschutzes verstoßen und fällt damit unter die „Ewigkeitsgarantie“ des Artikel 79 Grundgesetz.

Auch die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und die UN-Kinderrechtskonvention stehen einer solchen Obergrenze eindeutig entgegen. Deutschland hat sich diesen Verträgen mit der Ratifikation völkerrechtlich unterworfen und ist an sie gebunden. Eine nachträgliche Einschränkung der Verpflichtungen aus den Verträgen durch Deutschland ist völkerrechtlich unzulässig.

Der einzige rechtliche Weg, sich von diesen Verpflichtungen zu lösen, wäre eine Kündigung der Menschenrechtsverträge – ein Schritt, der das gesamte Menschenrechtsschutzsystem und Deutschlands Rolle in der Menschenrechtspolitik fundamental erschüttern würde und der zudem auch faktisch keine Option darstellt, da diese Verträge auch die Grundlage des Grundrechts- und Asylsystems der Europäischen Union bilden.

Deutschland kann hingegen, auch in Absprache mit den europäischen Partnern, im Rahmen von Resettlement-Programmen oder durch die Vergabe humanitärer Visa dafür Sorge tragen, dass ein bestimmtes Kontingent von Flüchtlingen auf sicherem Weg nach Deutschland kommt.

Dies ist grund- und menschenrechtlich uneingeschränkt möglich und dient der Prävention von Menschenrechtsverletzungen, weil sich die betreffenden Menschen nicht den Gefahren auf der Flucht aussetzen müssen. Der individuelle Anspruch auf Zugang zu einem Asylverfahren für diejenigen, die außer halb solcher Aufnahmeverfahren nach Deutschland kommen, muss jedoch gewahrt bleiben.

Quelle: Pressemitteilung http://www.institut-fuer-menschenrechte.de 30.11.2015 ■

Sammeltransporte ins Balkan-Abschiebelager

Rücksichtslosigkeit der Behörden entsetzt Regensburg

Seit Dienstag herrscht in vielen Flüchtlingsfamilien in Regensburg die Angst. Wer aus Südosteuropa kommt und Asyl beantragt hat, soll jetzt ins Abschiebelager in Bamberg. Die Schreiben der Regierung von Oberfranken, erstellt am 27.11., wurden den Flüchtlingen gestern und vorgestern von den Hausmeistern übergeben. Sammeltermin für den Bustransport ins Lager ist am heutigen Donnerstag. Wer nicht bereitsteht, so die Behörde, werde morgen von der Polizei abgeholt. Neben Regensburg und der Oberpfalz wurden auch Fälle aus Oberfranken bekannt.

Nicht nur Unterstützer und Sozialberatung, auch Anwälte und selbst das Verwaltungsgericht Bayreuth halten dieses Vorgehen für skandalös. Ein Regensburger Anwalt hat alleine in acht Fällen einen einstweiligen Rechtsschutz beantragt; Dutzende Anträge stapeln sich inzwischen bei der 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Bayreuth. Die von heute auf morgen erfolgte Anweisung lasse einen vernünftigen Rechtsschutz nicht zu, so die Kritik mehrerer beteiligter Instanzen an der Praxis der Behörden. Die Regierung ignoriert mit ihren Schreiben geflissentlich den Einzelfall. Eine siebenköpfige Familie, bei der die Mutter mit Krebs im Krankenhaus liegt, bekommt die Umzugsaufforderung ebenso wie Familien mit behinderten oder kranken Kindern.

In Regensburg greifen die Proteste gegen die Rücksichtslosigkeit der Regierung um sich. Es werden Überlegungen angestellt, wie Flüchtlinge vor dem zwangsweisen Transport ins Abschiebelager geschützt werden können. Das Verwaltungsgericht Bayreuth hat inzwischen schon signalisiert: dort, wo einstweiliger Rechtsschutz gegen diese Schreiben eingelegt wurde, werde dem auch stattgegeben. Diese Familien sollen zunächst in Regensburg bleiben dürfen.„Der Bayerische Flüchtlingsrat protestiert aufs Schärfste gegen diese menschenverachtende Behördenpraxis. Flüchtlinge werden ohne jegliche Rücksicht auf den Einzelfall von heute aus morgen aus ihrem Umfeld gerissen. In Bamberg sollen sie dann schnellstmöglich abschiebefertig gemacht werden, eine gründliche Prüfung des Schutzbedürfnisses und jegliche Menschlichkeit bleiben dabei auf der Strecke“, kommentiert Stephan Dünnwald vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Innenminister Herrmann feiert wöchentlich seine Abschiebezahlen, die Bezirksregierungen üben sich in behördlichen Exzessen, der Einzelfall wird schlicht ignoriert. So sieht die bayerische Antwort auf die vermehrte Zahl der Schutzsuchenden aus.“

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 03.12.2015 ■

„Kalender-soziale-Bewegungen“ – der einzige Kalender für 13 Monate

Zum 7. Mal dokumentiert der Kalender Initiativen für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Antifaschismus, gesunde Umwelt und Spaß. Wie die Provinz zwischen Gorleben und Schloss Landestrost, Flüchtlings-Protestcamp, Weidenhof, Streiklokal und hoher See lebt, liebt, kämpft beweisen 15 kunstvoll-informative Seiten. Solidarische Landwirtschaft, Lily-Turtles-Selbsthilfe und Jugendverband BDP treffen auf GEW-Karikaturist Peter Baldus. Anna Jander und dilli Dillmann betrachten künstlerisch Asylpolitik und Bankenzugriff auf Griechenland. Günter Zint, bekannter Fotograf von Beatles bis Brokdorf, präsentiert die Räumung des Hüttendorfs Gorleben. Die Spur des Kalenders führt zu Bad-Nenndorf-ist-bunt, Kita-Streiks und Kriegsdenkmalverhüllung. Das Kalendarium weiß wann die Luxemburg-Liebknecht-Demo, Proteste gegen Nazis und die Auflösung der FDP stattfinden.

Die Kalendermachenden von Geschichtswerkstatt, radioflora.de, DGB-KulturAK haben keine Mühen gescheut. Für 12 Euro gibt’s den Kalender in vielen Buch- und Ökoläden sowie Gewerkschaftsbüros zwischen Bremen-Hamburg-Hannover. Bestellt werden kann der Kalender bei socialpressx@yahoo.de

Im Internet ansehen bei: antifa.sfa.over-blog.com

31. Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen 2016
Nordrhein-Westfalen – 30 Januar 2016

Es ist deutsch in KALTLAND“ – Oder?!

Konferenzort

COBRA Kulturzentrum gGmbH• Merscheider Str. 77-79 • 42699 Solingen
www.cobra-solingen.de

Ablauf

09:30	Einlass
10:00	Konferenz
Workshops	
12:00	Pause
13:00	Konferenz Workshops
16:00	Voraussichtliches **Ende der Konferenz**
19:00	Rock gegen Rassismus

Die rassistischen „GIDA“-Bewegungen und ihre Ableger werden bei der Veranstaltung ebenso Thema sein wie die andauernde Fluchtbewegung aus den Kriegs- und Elendsregionen und die Situation von Geflüchteten in NRW.…

Die Gefahr für Menschen durch rassistische und antisemitische Mordbrennerei und ihrer Vorstufe besteht nicht nur in extremistischen Ansichten, sondern auch in einem Denken, das Menschen anhand ihrer Nützlichkeit für die Produktionsordnung bewertet. Es ist die bestehende Gesellschaft, die den Menschen solches Denken und Verhalten nahelegt.

Menschenfeindliche Verhältnisse

Das Mittelmeer ist längst zu einem Massengrab geworden. Europa schottet sich gegen die zu ihm Fliehenden ab, obwohl es deren Elend mit zu verantworten hat…

PEGIDA, DÜGIDA und Co. fürchten nicht um die abendländische Kultur, sie fürchten die Konkurrenz und die Armut, die ihnen die Flüchtlinge vor Augen führen. Sie nutzen Ängste, um die eigene Zukunftsperspektive von Kleinfamilie, Eigenheim und sicherer Rente für lebenslange Arbeit aus, die durch Flüchtlinge bedroht zu sein scheinen. …. Gegen diese Verhältnisse und ihre Befürworter wendet sich die antifaschistische und antirassistische Veranstaltung. Uns verbindet das Interesse an einer offenen und solidarischen Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein dürfen. … Wie wir uns einer solchen Gesellschaft nähern wollen und können, darüber wollen wir diskutieren.

Spannungsfelder und Schnittstellen antifaschistischer/antirassistischer Praxis

Wir wollen die ganze Breite des Antifaschismus und Antirassismus in NRW von Bündnissen, Gewerkschaften, Parteien, undogmatischen Linken bis zu autonomen Antifa-Gruppen einbeziehen und vernetzen. …

Die antifaschistische und antirassistische Veranstaltung will sich die Gemeinsamkeiten und Unterschiede seiner Akteurinnen und Akteure bewusst machen und diese offen diskutieren. Sie richtet sich darin ausdrücklich nicht nur an organisierte Antifaschistinnen und Antifaschisten in NRW, sondern an alle interessierten Menschen.

Wer am 30.Januar 2016 in Solingen gemeinsam mit uns diskutieren und sich mit anderen Aktiven vernetzen möchte, **ist herzlich eingeladen!**

Workshops

Nazis 2.0 Wie Nazis und Rassisten sich vernetzen
Sprache und Rassismus Die Rolle der Sprache
Antifa und soziale Frage Die soziale Frage lösen ist der Schlüssel zur Bekämpfung des Faschismus.
Fluchtursachen und Antimilitarismus Wer Bomben regnen lässt, muss sich über Flüchtlinge nicht wundern.
Jura für Antifas Recht auf Demo und Aktion
Kinder des Widerstandes ErinnerungskulturAbendveranstaltung

Rock gegen Rassismus

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides – Förderverein Antifaschistische Nachrichten ; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Was soll die Katastrophe sein?

Junge Freiheit Nr. 47/2015
vom 13. November 2015

Das Blatt hat einen Siebenpunkte-Forderungskatalog zur „Lösung der Asylkrise“ erfunden, veröffentlicht unter der Forderung „Frau Merkel, treten Sie zurück! Oder handeln Sie endlich.“ Wie soll sie handeln? Als erstes mit einer Rede an die Nation, in der Angela Merkel erklären soll, dass „Deutschland keine Asylbewerber mehr aufnehmen kann.“ Vielleicht hat das Blatt die Rede ja schon geschrieben. Als zweites soll der Katastrophenfall ausgerufen werden. Der kann nach bundesdeutschem Recht von den Verwaltungsspitzen der Landkreise und kreisfreien Städte, allenfalls noch von Landesregierungen ausgerufen werden. Die Bundesregierung kann dies nicht. Sie könnte – denkt aber im Augenblick nicht daran – den geforderten Einsatz von „Bundeswehr und Zivilschutz“ beschließen, die beide die „Kontrolle über die Staatsgrenzen“ wiederherstellen sollen. Die Kontrolle über die Staatsgrenzen existiert im Rahmen der Abkommen in der Europäischen Union schon lange nur eingeschränkt. Dass täglich tausende Menschen ungehindert und unkontrolliert bundesdeutsche Grenzen aus den Nachbarländern und in die Nachbarländer passieren, ist seit 25 Jahren Tatsache und hat zu keiner Katastrophe geführt. Der Zivilschutz darf nicht zur Grenzsicherung eingesetzt werden. Drittens sollen die deutschen Staatsgrenzen für „Ausländer ohne Einreiseerlaubnis nach geltendem Recht – notfalls mit Grenzzäunen“ geschlossen werden, mit dem Ziel, niemanden mehr einreisen zu lassen: „Da Deutschland von sicheren Drittstaaten umgeben ist, kann nach derzeit geltender Rechtslage kein Asylbewerber legal über den Landweg nach Deutschland gelangen.“ Nr. 4 fordert Nothilfe in den „Krisenstaaten“ – welche das sein sollen, lässt das Blatt vorsichtshalber offen, meint aber, das sei billiger, als hunderttausende „Asyl-Immigranten im dichtbesiedelten Deutschland“ aufzunehmen. Dass das Maßnahmenpaket dazu reicht, die für die Europäische Union billigste aller Lösungen durchzusetzen – lässt das Blatt lieber unerwähnt, kalkuliert aber bei allen vorgeschlagenen Maßnahmen damit, das Mittelmeer zum Massengrab zu machen. Die Abschottung der europäischen Außengrenzen heißt praktisch, alle zurück ins Mittelmeer. Dann kommt als Punkt 5 selbstverständlich die Forderung nach ausnahmsloser Abschiebung für alle, die kein Asyl nach der deutschen Asylgesetzgebung erhalten – die Genfer Flüchtlingskonvention ist dem Blatt sowieso unbekannt. In Punkt 6 fordert das Blatt, „Abbau von Anreizen zum Missbrauch unseres Sozialsystems“ – gemeint sind Unterhaltszahlungen an die Flüchtlinge. Stattdessen sollen die Geflüchteten zu „gemeinnütziger Arbeit“ herangezogen werden. Dass diese Art von Zwangsarbeit verboten ist, stört das Blatt auch nicht, außerdem sollten Flüchtlinge „Reinigungs- und Organisationsarbeiten“ übernehmen, als ob sie das nicht schon längst selbst erledigten. Und schließlich: Das Asylrecht im Grundgesetz soll abgeschafft und wie in anderen europäischen Staaten durch „einfachgesetzliche institutionelle Garantien“ ersetzt werden. Dass auch diese Garantien auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention – wie in anderen europäischen Staaten auch – gesetzlich geregelt werden müssen, interessiert wieder nicht. Kurzum: Mit einem Mix aus Vorurteilen und ohne Anerkennung der rechtlichen Grundlagen veröffentlicht das Blatt ein Forderungspaket, das nur zum Ziel haben kann, die Geflüchteten zurück ins Mittelmeer zu schicken.

Nach dem Anschlag in Paris

Junge Freiheit Nr. 48/2015
vom 20. November 2015

Jetzt hat das Blatt ein Problem: Die Organisatoren der Anschläge in Paris sind höchstwahrscheinlich in Europa geboren und aufgewachsen – und keine illegal eingeschleusten Personen. Was folgt daraus: Erstens „entpuppen sich“ die Geflüchteten „als brisante Form der Destabilisierung“ und zweitens sei damit bewiesen, dass „die Integrationsfähigkeit Europas schon lange vor dem Massenansturm des Jahres 2015 überschritten war“. Das Blatt findet die Parallelgesellschaften, die lange verschwunden waren, wieder, in denen angeblich „Desorientierung, Kriminalität, Gewalt und schließlich Terror“ herrschen. Obgleich in den Migrantenvierteln in den westeuropäischen Staaten Hunderttausende friedlicher Familien leben, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit erzielen, deren Kinder hier zur Schule gehen, die sich normal politisch und auch religiös betätigen, sind dies diejenigen, die Schuld sind. Da kommen dem Blatt manche osteuropäische Regierungen gerade recht, wie in Polen oder Ungarn, die einfach mitteilen, „wir wollen das nicht.“

Und jetzt muss Huntington wieder ran

Junge Freiheit Nr. 49/2015
vom 27. November 2015

Ein Dr. Nicolaus Fest, ehemals Journalist bei Bild und Bild am Sonntag, stürzt sich auf das Buch von Samuel Huntington aus dem Jahr 1996 über den „Kampf der Kulturen“. Huntington war lange in der Versenkung verschwunden, und wird jetzt von extrem Rechten wieder hervorgeholt – der Blattautor kommt zu der antisemitischen Erkenntnis: „Religionsfreiheit ist nur die Freiheit zwischen protestantischem, katholischen, eventuell jüdischen und keinem Bekenntnis.“ Denn zuvor führt er aus: „Ob auch das Judentum zum kulturellen Selbstverständnis des Westens gehört, seinen Anhängern beispielsweise das Schächten zu gestatten ist, wäre zu erörtern. Gerade die jüdische Geschichte dokumentiert im Übrigen die Hartnäckigkeit kultureller Differenzen …“ Und dies, ohne ein Wort über die antisemitischen Umtriebe und Untaten zu verlieren, die im Laufe der europäischen Geschichte an Juden verübt worden sind.

uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370